

Münchner Stadtgespräche

www.muenchner-stadtgespraeche.de

Nr. 53 Juli 2009



MÜNCHNER AGENDA 21

Umwelt in den Zeiten der Krise

Arbeitsplätze und Umweltschutz

Positive Bilanz des städtischen Förderprogramms Energieeinsparung

Einsatz erneuerbarer Energien, energetische Sanierung, Energieeffizienz, Klimaschutz – das sind einige der Begriffe, auf die sich die Ziele des Münchner Förderprogramms Energieeinsparung (FES) verdichten

schen Standards von Gebäuden sowie den Einsatz erneuerbarer Energien mit Zuschüssen von bis zu 20 Prozent der anerkannten Kosten fördert. Das Grundprinzip blieb über die Jahre gleich, die Förderkrite-

aus. Die übrigen Prozente müssen von anderer Seite erbracht werden. Dieser Zusammenhang zwischen Fördermitteln, dadurch ausgelösten Investitionen und darüber geschaffenen bzw. erhaltenen Arbeitsplätzen stellt das Referat für Gesundheit und Umwelt jährlich dar. So lösten im Jahre 2007 Fördermittel in Höhe von 1,885 Millionen Euro Investitionen in Höhe von 15,4 Millionen Euro aus. Unterstellt man im Bau- und Bauinstallationsgewerbe einen Bruttoumsatz je Arbeitsplatz von 122.000 Euro, so wurden mit den Fördermitteln rund 126 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

Bemerkenswert ist zudem, dass durch die 2007 eingesetzten Fördermittel jedes Jahr 8910 Megawattstunden Energie eingespart und 4310 Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen werden. Führt man sich beispielsweise die Lebensdauer einer Solaranlage auf dem Dach vor Augen, dann wird deutlich, welche beachtliche Summen hier zusammen kommen.



Text: Renate Binder,
Referat für Gesundheit und Umwelt
Foto: SolarWorld AG, Bonn

lassen. So ganz nebenbei löst das FES aber auch Investitionen in Millionenhöhe aus.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat sich erstmals 1989 zur Auflage dieses Förderprogramms entschlossen, das seither – also seit 20 Jahren – ohne Unterbrechung die Verbesserung der energeti-

rien wurden jedoch immer wieder erneuert und angepasst, das Fördervolumen sukzessive nach oben geschraubt – zuletzt nach den Stadtratswahlen im Jahr 2008 von vier Millionen auf zehn Millionen Euro.

Die Fördermittel machen jedoch nur einen bestimmten Prozentsatz der Gesamtkosten

Info

Richtlinien, Antragsformulare und mehr im Internet unter:

www.muenchen.de/rgu/wohnen_bauen/energie/foerderprogramm/53441/index.html

München ist Modellregion für Elektromobilität

Ende Mai war es soweit: München, so entschied das Bundesverkehrsministerium, ist eine der acht Modellregionen, in denen die Elektromobilität vorangetrieben werden soll. Beworben hatten sich insgesamt 130 Regionen. Mit der Entscheidung aus Berlin haben Münchner Projekte Zugriff auf den dazugehörigen Fondertopf, der mit 115 Millionen Euro ausgestattet ist. Diese Mittel stammen wiederum aus dem Konjunkturpaket II. Die Fördermittel sollen der Erprobung und der Marktvorbereitung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen dienen

und gleichzeitig helfen, die Konjunktur anzukurbeln. Unterstützt werden Pilotprojekte, die bis Ende 2010 beginnen.

Das Ziel, das mit dem Programm verbunden ist, ist ehrgeizig. Bis 2020 soll bundesweit rund eine Million Fahrzeuge mit elektrischem Antrieb auf die Straße gebracht werden. München hat den Zuschlag erhalten, so das Bundesverkehrsministerium, weil in der Stadt Automobilkompetenz, forschungsnaher Institutionen und eine vielfältige Energieversorgerlandschaft zusammentreffen. Zudem ist Elektromobilität ein Teil der langfristigen

Umweltziele der Stadt. „Sie trägt nicht nur zur Reduzierung der Luftschadstoffe – Feinstaub und Stickstoffdioxide – bei, sondern sie kann unter Einsatz von erneuerbaren Energien einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten“, so Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt.

Renate Binder,
Referat für Gesundheit und Umwelt

Liebe Leserinnen und Leser,

als im vergangenen September die Finanzelite zusammensaß, um ihr System zu retten, da meinte Jochen Sanio, der Chef der Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht, dass man der Politik die verheerenden Folgen einer Pleite der Hypo Real Estate klar machen müsse. Das Ergebnis ist bekannt und kostet einen Haufen Geld.

Nun ist es nicht so, als dass niemand da wäre, der etwas zu den Folgen der drohenden Klimakatastrophe sagen würde. Nur geholfen hat es bislang nichts, und statt der Umwelt retten wir lieber unsere Probleme. Warum das so ist, was das alles miteinander zu tun hat und wie es weiter gehen muss, damit die Umwelt aus der Krise kommt – das lesen Sie in diesem Heft.

Es gibt ein paar gute Nachrichten für die Umwelt, auch in diesen Zeiten:

1. Das Atomkraftwerk Krümmel ist momentan relativ ungefährlich, denn es ist abgeschaltet.

2. Obwohl das Atomkraftwerk Krümmel abgeschaltet ist, ist in Deutschland immer noch das Licht an.

3. Die CDU bekommt Angst, dass die Pannen im Atomkraftwerk Krümmel ihr die Bundestagswahl versauen könnten, muss den Betreiber Vattenfall deshalb ein bisschen kritisieren und befeuert so unfreiwillig die Diskussion um den Ausstieg.

Dabei ist der schwedische Energiekonzern eh schon beleidigt. Seit Jahren überlegt man sich bei Vattenfall, wie sich das leidige CO₂-Problem lösen lässt, damit die Kohlekraftwerke ordentlich Geld einfahren können. Und wie wird's gedankt? Die Politik meldet Bedenken bei der unterirdischen Lagerung von Kohlendioxid an, und die Medien stürzen sich lieber auf die geplanten Solarkraftwerke, die die Konkurrenz in die Wüste setzen will. Womit wir nicht gesagt haben wollen, dass wir die Energieversorgung der Zukunft bei RWE in guten Händen sehen.

Damit sind wir nach der „Umwelt in den Zeiten der Krise“ schon beim nächsten Thema: Die kommende Ausgabe der *Münchner Stadtgespräche* wird sich den großen Energiefragen widmen und erscheint Ende September.

Eine aufschlussreiche Lektüre mit diesem Heft wünscht Ihnen

Thomas Rath

04 Der grüne Pakt mit dem Monster

Verpasst die Umweltbewegung eine historische Chance?

06 „Das Übel sitzt in den Köpfen“

Der Präsident des deutschen Club of Rome im Interview

09 Wir retten unsere Probleme

Es wird nur an den Symptomen der Krisen herumgepfuscht

10 Die andere Rendite

Mit Geld kann man nicht nur Geld machen

12 Zukunftsinteressiert oder zukunftsvergessen?

In den Krisen stehen sich zwei neue Lager gegenüber

14 Klimakrise? Zu komplex.

Die Medien tun sich schwer

16 Die Zukunftsbranche

„Grüne“ Technologien brauchen einen verlässlichen Rahmen

18 Kolonialismus 3.0

Die Armen geben, was sie noch haben: Land

20 Für die nächste Ewigkeit

Nach Atommüll soll jetzt auch CO₂ endgelagert werden

22 Windige Fonds

Vorsicht bei „nachhaltigen Investitionen“

24 Impressum, Kontakte, Termine



DER GRÜNE PAKT MIT DEM MONSTER

Das kapitalistische Monster steckt in der Falle. Die Globalisierung unserer westlichen Lebensweise ist in einem Desaster von Krisen hängen geblieben. Zugegeben: Einige hundert Millionen Menschen in den Schwellenländern konnten ihre Einkommen deutlich verbessern, in China, Indien, Brasilien und Co. bildete sich eine Mittelschicht. Doch weil dadurch die Preise für Öl und Erdgas, für Metalle und Nahrungsmittel explodierten, konnten die Armen ihr Recht auf Nahrung und Energie nicht mehr einlösen. Die Zahl der Hungernden weltweit liegt heute mit mehr als einer Milliarde höher als jemals in der Menschheitsgeschichte.

Unser konsumistisches Lebens- und Wirtschaftsmodell hat zudem in den dramatischen Klimawandel geführt – die größte aller globalen Krisen. Deren Folgen machen sich erst langsam bemerkbar. Die Schere zwischen Arm und Reich aber öffnet sich bereits heute immer weiter: Die Armen der Welt konkurrieren miteinander um die niedrigsten Löhne, während die Bestverdienenden einen immer größeren Teil des weltweiten Reichtums auf sich vereinigen. Zu guter Letzt platzte im Herbst 2008 endgültig eine unvorstellbare Spekulationsblase auf den internationalen Finanzmärkten. Im Zuge der neoliberalen Globalisierung waren die Grenzen für Ban-

ken, Hedge-Fonds und andere Finanzakteure weltweit geöffnet worden, die ökonomischen Regeln aber blieben weitgehend national – und waren in einem verrückten Wettlauf der Finanzplätze immer weiter ausgehöhlt worden. Das endete mit gigantischen faulen Krediten in den Büchern fast aller großen Banken, deren Eigenkapital dafür bei weitem unzureichend ist. Nun fin-

strophe, sondern ganz überwiegend in die Taschen von alten Industrien und Bankaktionären. Abwrackprämien, Investitionen in den Straßenbau und gar in neue Kohlekraftwerke werden mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise gerechtfertigt – das müsse nun mal sein. Und was macht die deutsche Umweltbewegung? Sie diskutiert über Grundsatzfragen. BUND und Brot für

**„Die Umweltbewegung
ist gerade dabei,
eine historische
Chance zu vergeben.“**

det sich die Welt in der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 1920er Jahren wieder. Es ist atemberaubend, welche politischen Energien dieses Krisenpotpourri freigesetzt hat: Innerhalb weniger Monate machten die Regierungen weltweit und koordiniert mehrere tausend Milliarden Euro locker für Bankenrettungs- und Konjunkturpakete. Dieselben Politiker hatten zuvor das Bitten und Betteln der Gutmenschen aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen immer an sich abperlen lassen: Weltweit soziale und ökologische Regeln? Unmöglich! Einige Milliarden für den Schutz der Regenwälder? Zu teuer! Stets hieß es: Regierungen würden sich niemals einig. In diesen Tagen der Globalisierungskrise lernen wir, dass alles eine Frage des Willens und der Größe des Problems ist. Ganze Schiffsloadungen von Büchern aus Politik- und Wirtschaftswissenschaften müssten neu geschrieben werden, die die Möglichkeit anspruchsvollen globalen Regierens bezweifelten. Doch die alten, eigentlich demontierten „Experten“ sitzen schon wieder in Talkshows und Beratungsgremien.

Die Krisen-Milliarden fließen nicht in die Rettung des Planeten vor der Klimakata-

die Welt veröffentlichen eine gut sechshundertseitige Studie unter dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland II“ und räsonieren in unzähligen Veranstaltungen über das Wirtschaftswachstum an sich. Auf einem Attac-Kongress diskutieren 2.500 Leute „die Systemfrage“. Greenpeace hängt Banner an Hochhausfassaden: „Wäre die Welt eine Bank, hättet Ihr sie längst gerettet“. Klar, ein cooler Spruch – aber hat das alles irgendwelche Folgen?

Derzeit sind wir dabei, eine historische Chance zu vergeben. In Südkorea ist die Regierung dem Ruf des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon gefolgt und hat einen „Grünen New Deal“ aufgelegt. Dort gehen 80 Prozent des 50 Milliarden US-Dollar schweren Konjunkturpakets in den Aufbau einer Grünen Ökonomie, die die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und zugleich den Ausstoß von Treibhausgasen senken soll. In Großbritannien verlangen Umweltverbände in einem beeindruckend breiten Bündnis mit Gewerkschaften und linken Gruppen ebenso einen Green New Deal (www.putpeoplefirst.org.uk). Und der Druck zeigt Wirkung: Premierminister Gordon Brown hat sich – zumindest rhetorisch –

(Green) New Deal

Mit einer Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen – dem „New Deal“ – bekämpften die USA in den 30er Jahren die Folgen der Weltwirtschaftskrise.

Bündnis 90/Die Grünen setzen in der heutigen Krise auf einen „Green New Deal“. Durch Investitionen von 40 Milliarden Euro will die Partei „Klimakatastrophe, Bildungsmisere und soziale Ungerechtigkeit“ in Deutschland bekämpfen. Das Programm wurde auf dem Parteitag im November 2008 beschlossen.

an die Spitze dieser Bewegung gestellt. In den USA gibt es eine Koalition, die Gewerkschaften, Umweltverbände, prominente Politiker der Demokraten wie Al Gore und Ökonomen wie den Nobelpreisträger Joseph Stiglitz zusammenbringt. Selbst Saudi-Arabien steckt im Rahmen seines Konjunkturpakets Unsummen in den Öko-Sektor. Und in Deutschland? Seltsam temperamentlos wird hier über die Probleme geredet. Fast ohne öffentliche Debatten schüttet Schwarz-Rot milliardenschwere Füllhörner über ihrer Klientel aus.

Wann, wenn nicht jetzt, sollen die politischen Energien aufgebracht werden, das Ruder der Weltökonomie herumzureißen? Massenhafte Investitionen in Gebäudesanierung warten. Hunderttausende von Arbeitsplätzen könnten durch die Dämmung von Altbauten geschaffen werden. Die ressourcenschonende Kraft-Wärme-Kopplung würde massiv gefördert, wenn es mehr Geld gäbe für den Aufbau von Leitungsnetzen, die die Abwärme aus dezentralen Kraftwerken zum Heizen von Gebäuden nutzbar machen. Viele Windenergie-Projekte (vor allem auf See) stehen auf der Kippe, weil klamme Banken die Finanzierungen verzögern oder verteuern. Der Ausbau der Windenergie an Land leidet unter ideologischen Investitionsblockaden in vielen unionsregierten Bundesländern.

Im Wahlkampf werden alle Parteien über Wege aus der Wirtschaftskrise reden, zugleich wünscht sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger von der Politik mehr Taten gegen den Klimawandel. Jetzt müssten sich Gewerkschaften, Umweltverbände und progressive Wirtschaftsunternehmen zusammenschließen und gemeinsam einen „Grünen New Deal“ fordern.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Grundsatzfragen von Attac, BUND, Greenpeace und Brot für die Welt sind allemal berechtigt. Dem Kapitalismus wohnt der Drang zum Wachstum und zur ökonomischen Verwertung alles noch Unverwerteten inne. Natürlich muss man bezweifeln, dass unendliches Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten langfristig möglich ist. Allerdings muss unser Naturverbrauch schnell schrumpfen. Innerhalb weniger Jahre sind riesige Investitionen nötig in Gebäudebestand und Energiesysteme, in neue Formen der Mobilität und Veränderungen in der Landwirtschaft. Investitionsschübe jedoch waren in der Vergangenheit immer begleitet von Wachstum des Sozialprodukts. Es spricht viel dafür, dass es auch bei einer grünen industriellen

Revolution so sein wird. Das monetäre Bruttoinlandsprodukt wird wachsen, damit der Naturverbrauch schrumpfen kann. Fragwürdig ist nicht die Kritik an Wachstum und Kapitalismus, sondern die Schwerpunktsetzung der sozialen Bewe-

Geschwindigkeit, von Verwertung und Flexibilität, von Leistungsdruck und Konkurrenz. Bislang können wir für offene, plurale Gesellschaften keine Alternative zum Kapitalismus aus der Tasche ziehen. Aber es lohnt sich, weiter nach einer Ökonomie

„Es bleiben viele gute Gründe, den Kapitalismus scharf zu kritisieren.“

gungen in Zeiten der Krise. Die historische Chance der Globalisierungskrise kann nicht nutzen, wer recht hat, sondern wer jetzt Druck für überzeugende Antworten macht.

An der fragwürdigen kulturell prägenden Kraft des Kapitalismus wird auch seine Begründung nichts ändern – Konsumwahn und Materialismus wird es dann immer noch geben. Immer noch werden mächtige Konzerne zu den Profiteuren gehören. Mittelfristig sollten wir uns deshalb selbstverständlich ein grundlegend anderes System ausdenken. Deshalb ist es auch richtig, die Systemfrage jetzt zu diskutieren, wo die Zweifel am globalen Kapitalismus Stammthema sind. Falsch ist jedoch, die Gunst der Stunde nicht zu nutzen, um das Mögliche und längst Bekannte durchzusetzen. Salopp gesagt: Angesichts des Klimawandels brauchen wir die ökologische Wende so schnell, dass sie im Rahmen des kapitalistischen Systems erreicht werden muss. Wir müssen also das Beste daraus machen und die Stärken des Systems zur tief greifenden Umwälzung nutzen: die Kraft des Profitstrebens und der Konkurrenz. Funktionieren kann dieser Pakt mit dem Teufel aber nur, wenn die Politik ökologische Grenzen und Anreize verbindlich setzt. Auf sich allein gestellt, ist der kapitalistische Markt eine Destruktivkraft.

Eine Ökologisierung des Kapitalismus abzulehnen, weil damit unser Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich in Frage gestellt oder gar stabilisiert würde, erscheint angesichts der Konsequenzen der ökologischen Krise zynisch. Doch es bleiben viele Gründe, den Kapitalismus scharf zu kritisieren, vor allem wegen seiner kulturellen Folgen: Ein gutes Leben ist kaum vorstellbar unter einem Diktat von Effizienz und

jenseits der Konkurrenz zu suchen und beispielsweise mit Projekten solidarischer Ökonomie zu experimentieren – mit Bürgersolaranlagen, Regionalwährungen, Wohnungsgenossenschaften, Erzeugerverbraucher-Kooperativen oder auch der Belegschaftsübernahme von krisengeschüttelten Unternehmen. Ob dies von Erfolg gekrönt sein wird? Vielleicht. Hoffentlich!

Text: Sven Giegold
Foto: Bündnis 90 / Die Grünen



Sven Giegold

ist Mitbegründer von Attac-Deutschland. Seit September 2008 ist er Mitglied bei den Grünen, für die er im Juni ins Europaparlament gewählt wurde.

www.bewegungswerkstatt.org/giegold

„Das Übel sitzt in den Köpfen“

Wirtschaftskrise und Umweltkrise könnten zusammen bekämpft werden, wären wir nicht so kurzsichtig. Das findet Max Schön, Unternehmer und Chef des Club of Rome in Deutschland. Ein Gespräch.

Vor fast vier Jahrzehnten hat der Club of Rome mit seiner Studie über die Grenzen des Wachstums weltweit für Furore gesorgt. Jetzt schrumpft die Wirtschaft. Empfinden Sie Genugtuung?

Max Schön (*lacht*): Das hätten Sie wohl gerne. Im Ernst: Die Autoren des Buches haben damals nicht einfach behauptet, dass Wirtschaftswachstum an Grenzen stößt. Die These war, dass ein rein mengenorientiertes Wachstum nicht ewig fortgesetzt werden kann – es kommt dann irgendwann relativ plötzlich zum Kollaps. Es werden Kippunkte erreicht, an denen das Wachstum ins Gegenteil umschlägt. Denken Sie an den Ölverbrauch, an die Ausplünderung mineralischer Rohstoffe oder auch an den Ausstoß von Klimagasen als Folge des Verbrauchs fossiler Energien. Da sind die Grenzen gefährlich nahe gerückt.

Also gibt es sie doch, die Grenzen des Wachstums.

Langsam, ich habe vom Wachstum des Gütersektors geredet, vom quantitativen Wachstum. Das stößt an Grenzen. Qualitativ kann die Wirtschaft ohne Ende wachsen. Wir können immer neue Dienstleistungen erfinden, Musik machen, uns bilden – da sehe ich überhaupt keine Wachstumsgrenzen.

Über qualitatives Wachstum wird seit Langem geredet, der Dienstleistungssektor ist ausgeweitet worden. Gleichwohl sind Ressourcenbeanspruchung und Umweltzerstörung stets größer geworden. Die gegenwärtige Weltwirtschafts-

krise dagegen verschafft dem Planeten und der Menschheit immerhin eine Verschnaufpause. Der Rohstoffverbrauch sinkt, die Klimabelastung nimmt ab. So gesehen, hat die Krise doch auch ihr Gutes, oder?

Sie hätten recht, wenn wir etwas aus der Lage machen würden. Aber was tun wir? Wir erhöhen die Verschuldung und versuchen, die Konjunktur mit einer Abwrackprämie für ölgetriebene Autos anzukurbeln – nach der Devise: mehr vom Alten. Dieses Reaktionsmuster ist zwar klassisch und verständlich, aber es bringt uns dem Abgrund nur näher.

Immerhin sind 13 Prozent des deutschen Konjunkturprogramms...

...grün, wollen Sie mir das ernsthaft entgegenhalten? 87 Prozent des Stimuluspakets sind demnach ungrün. Ökologisch inspiriert ist die Krisenbekämpfungspolitik der deutschen Regierung wirklich nicht. Wir sollten aber auch nicht der Illusion erliegen, dass mehr vermeintlich grüner Beton, Stahl oder Dämmstoff einen Weg aus der Wachstumsfalle weist: Selbst wenn wir mit Staatsmitteln nun die Schulen energieeffizienter machen, stießen wir bald an die Wachstumsgrenzen. Worauf es ankommt sind Verhaltensänderungen...

Genügsamkeit? Nach der Devise: Weniger ist mehr?

Auch. Ich gebe allerdings zu, dass bisher die meisten Menschen anders empfinden, nämlich so: Weniger ist schwer! Vor allem geht es darum, dass die Menschen anderes nachfragen: Dienste, Erlebnisse, regenerative Energien.

Menschen am Rande des Existenzminimums können schwer verzichten und auch schwer ihren Konsum umstellen.

Einverstanden. Aber die Wohlhabenderen ändern ihr Verhalten ebenfalls nicht – auch, weil unser Bildungssystem sie dazu nicht befähigt hat.

Kann vom Bildungssystem ein Impuls für ökologische Verhaltensänderungen ausgehen?

Sehr wohl, wenn auch nicht direkt. Wir haben in Deutschland 20 staatliche Schulen, die gleichzeitig Club-of-Rome-Schulen sind. Jede von ihnen hat ein eigenes Konzept; aber alle bemühen sich darum, vernetztes Denken zu fördern. Beispielsweise dadurch, dass der Mittelmeerraum nicht nacheinander, sondern parallel Unterrichtsgegenstand in den Fächern Erdkunde und Geschichte ist. Seitdem die Lehrer den Lehrstoff aufeinander abstimmen, verstehen die Schüler, dass der Niedergang des Römischen Reiches auch etwas mit Getreideanbau und Viehzucht im Mittelmeerraum zu tun hat.

Und?

Wer systemisch denkt, wie man das nennt, denkt automatisch längerfristig – und eher im Einklang mit der Natur.

Ist die Chance, dass die gegenwärtige Krise einen ökologischen Wendepunkt markiert, schon vertan?

Nicht überall. Bildung, Gesundheit, Energie – in den USA hat Barack Obama die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Er will sogar das vom Club of Rome mit-

entwickelte Desertec-Konzept umsetzen.

Danach sollen große Mengen Wind- oder Sonnenstrom in Wüstenregionen erzeugt und mittels verlustarmer Übertragungstechnik in die Zentren des Verbrauchs geschafft werden.

Für solche Projekte Schulden zu machen ist sogar sinnvoll; zukünftige Generationen profitieren schließlich davon. Von dem Auto, dessen Anschaffung mit der Abwrackprämie gefördert wurde, haben sie dagegen nichts.

Doch, wenn dadurch die Konjunktur anspringt. Wenn die Wirtschaft wächst, steigt die Lebensqualität. Das jedenfalls ist die vorherrschende Überzeugung.

Mag sein, dass sie vorherrscht, aber sie ist falsch. Ein Beispiel: Wenn wegen einer Epidemie der Umsatz der Krankenhäuser steigt, wächst die Wirtschaft. Die Lebensqualität steigt dadurch aber definitiv nicht. Im Bruttoinlandsprodukt, der Zielgröße der Wirtschaftspolitik, findet sich eben alles wieder, was einen Preis hat – auch wenn es als Maßstab für das Wohlergehen nur bedingt taugt.

Nur wenn dieses BIP wächst, entstehen aber Jobs. Und nur dann fließen Löhne, Sozialversicherungsbeiträge und Renten.

Das stimmt, aber müssen wir deshalb zwangsläufig mehr Autos bauen? Das ist Ausdruck der alten Wohlstandsstrategie. Und die gefährdet unser Überleben.

Sie kritisieren, das BIP sei als Maßstab für Lebensqualität un-

tauglich. Was heißt für Sie Lebensqualität?

Ich beanspruche nicht, dass meine persönlichen Vorstellungen von anderen Menschen geteilt werden. Umfragen und Forschungsergebnisse belegen aber, dass Zufriedenheit nicht mit quantitativem Wachstum einhergeht. Wir sind nicht glücklicher, wenn das BIP größer wird.

Soll die Wirtschaft in Zukunft anders wachsen, wird dann ein schrumpfendes BIP der Normalfall?

Nicht zwangsläufig, Erfolg oder Misserfolg des Wirtschaftens werden sich allerdings nicht mehr nur in einer einzigen Ziffer niederschlagen können. In vielen Betrieben orientieren sich Boni ja auch nicht einfach an Umsatz, Rohertrag oder Deckungsbeitrag, sondern beispielsweise am Weiterbildungsehrgeiz des Beschäftigten und daran, ob er die Kundenbeziehungen verbessert hat. Die Politik sollte es auch so machen. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass gleichberechtigt neben das BIP ein Ziel für den möglichst geringen ökologischen Fußabdruck der Gesellschaft tritt und eins für die Energie- und Rohstoffeffizienz.

Noch mal: Schrumpft oder wächst das BIP, wenn die Ökoziele erreicht werden?

Beides ist möglich. Es hängt von der Geschwindigkeit des Strukturwandels ab und davon, wie schnell sich die Ökoeffizienz entwickelt.

Effizienz und technischer Fortschritt werden Ökonomie und Öko-

logie versöhnen, das behaupten viele. Tatsächlich war aber bisher das Wachstum meist größer als der Effizienzfortschritt. Computer werden heute mit deutlich weniger Rohstoffen hergestellt; obendrein sind sie billiger geworden. Diese Entwicklungen hätten eigentlich die Wirtschaft schrumpfen lassen und die Umwelt entlasten müssen. Weil aber heute viel mehr Computer produziert und verkauft werden als früher, ist die Wirtschaft auch in dieser Hinsicht gewachsen und die Umwelt entlastet worden.

Das muss aber nicht so sein. Wären die PCs so konstruiert worden, dass ihre Komponenten besser wiederverwendet werden könnten, dann hätte man den gleichen Effekt mit deutlich weniger Materialaufwand erzielen können.

Hätte.

Obendrein kann natürlich der Dienstleistungssektor nahezu bedenkenlos wachsen, weil er die Umwelt nicht oder kaum belastet. Meine Firma hat zum Beispiel gerade eine fast 30 Jahre alte Küche renoviert; sie war danach fast wie neu. Der Service hat außer Farbe und ein wenig Benzin für den Transport keine Rohstoffe gekostet, die Umwelt hat also gewonnen. Mein Umsatz war aber kleiner, als wenn der Kunde eine neue Küche gekauft hätte.

Das klingt schon nach Schrumpfung. Wenn Ihr Beispiel Schule machte, wäre womöglich der Finanzkapitalismus bald am Ende.

Das hängt von den Rentabilitätserwartungen ab. Wenn sich die Kapitalbesit-

zer mit zwei bis fünf Prozent zufrieden geben, sehe ich überhaupt keine Probleme – wohl aber, wenn jedes Jahr Renditen von 10, 20 oder gar 25 Prozent verlangt werden.

Die werden schon wieder verlangt.

Aber nicht von langfristig denkenden Familienunternehmern. Für uns ist es normal, dass wir auch mal mit deutlich weniger zufrieden sind oder sogar Ersparnis ins Unternehmen stecken. Momentan zum Beispiel geht das vielfach gar nicht anders.

Sind Aktiengesellschaften besonders wachstumsfixiert?

Und ob. Die Orientierung an vierteljährlichen Erfolgsziffern hat sie sogar wachstumsfixierter als jemals zuvor werden lassen.

Haben sich AGs in den Zeiten der Umwelt- und Klimakrise überlebt?

Das würde ja heißen, dass alle Nicht-AGs ökologisch korrekt wären. Das stimmt aber nicht. Private-Equity-Firmen sind in der Regel keine Aktiengesellschaften und trotzdem extrem wachstumsorientiert. Das Übel sitzt in den Köpfen und äußert sich in vollkommen überzogenen Erwartungshaltungen. Wir müssen lernen, mit einem dauerhaften, soliden Wachstum zufrieden zu sein.

Kann die Politik diesen Lernprozess fördern?

Sie hätte längst das Haftungsrecht verschärfen müssen, und zwar für sich selbst und die Entscheidungen der öffentlichen Hand wie auch für Vorstände und Aufsichtsräte. Dann müssten jetzt nicht nur Aktionäre und Steuerzahler für die Fehlentscheidungen von Managern und Aufsichtsräten gerade stehen. Manager müssen für das, was sie tun, persönlich Verantwortung tragen, auch mit

dem eigenen Geld. Obendrein muss die Haftung von Aufsichtsräten verschärft werden. Wenn einer weiß, dass er haftet, fällt er ganz andere Entscheidungen.

Die rasch fällig wären, sagen Klimaforscher. Danach darf der Ausstoß von Treibhausgasen schon in zehn Jahren nicht mehr steigen, soll die Erderwärmung erträglich bleiben. Später müssen die Emissionen kontinuierlich sinken, was einen Radikalumbau des Energiesystems voraussetzt. Geht das, ohne die Weltwirtschaft in die Knie zu zwingen?

Die Herausforderung ist groß. Aber reden Sie sie nicht größer, als sie ist. Der Club of Rome meint, dass sie zu bewältigen ist – unter anderem, indem der Desertec-Plan umgesetzt wird. Die Aufgabe ist gerade nicht unbezahlbar. Mit dem Geld, das momentan in einfallsslose Konjunkturpakete fließt, ließe sich die Energieproduktion der Welt schon weitgehend umbauen.

Dennis Meadows, einer der Autoren der Originalstudie über die Grenzen des Wachstums, beklagte vor einiger Zeit, die Menschheit habe bereits 30 Jahre verloren. Nach dem, was Sie nun sagen, ist auch die Chance, die in der Weltwirtschaftskrise liegt, ungenutzt geblieben – während die Frist für ein Umsteuern des Wirtschaftens kürzer wird. Halten Sie es für möglich, dass in einer Art politischer Panikreaktion kurz vor zwölf eine Klimawende verordnet wird, die die Wirtschaft deutlich und dauerhaft schrumpfen lässt?

Ich bin kein Pessimist, aber das ist wirklich eine reale Gefahr. Es würden dann Werte in unvorstellbarem Umfang vernichtet, beispielsweise noch nicht abge-

schriebene Industrieanlagen. Das würde uns die nächste Wirtschaftskrise beschern, Kernschmelze des Finanzsystems inklusive. Der Wohlstandsverlust wäre fast unvorstellbar groß, vergleichbar mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg.

Glauben Sie ernsthaft, es geht ohne diese Megakrise ab?

Ich fürchte, erste Katastrophen müssen sich ereignen. Die Bekämpfung der Finanzkrise wurde ja auch nur in Angriff genommen, nachdem mit Lehman die erste Großbank und mit Island der erste Staat pleite war. Dabei ließe sich der Kampf gegen die Wirtschaftskrise mit dem Kampf gegen die Umweltkrise bestens kombinieren. Verhindert wird das vor allem durch die Einfallslosigkeit und die Kurzsichtigkeit der Politik. Das nehme ich ihr übel.

Das Gespräch führten Uwe Jean Heuser und Fritz Vorholz. Es erschien erstmals in DIE ZEIT 25/2009. Fotos: Börse Stuttgart

INFO

Max Schön ist seit 2007 Präsident der Deutschen Gesellschaft Club of Rome.

Der Club of Rome ist eine weltweite Vereinigung von Menschen, die sich für eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft einsetzt. Bekannt wurde der 1968 gegründete Club of Rome durch den vier Jahre später erschienenen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“. Die Deutsche Gesellschaft Club of Rome gibt es seit 1978.

www.clubofrome.de

Wir retten



unsere Probleme

Es wird weiter an den Symptomen unserer Krisen herumgepuscht. Dabei hilft nur eines: Wir müssen ganz anders wirtschaften.

Eine Krise kommt selten allein – und auch nicht plötzlich. Die weltweite Ernährungskrise, die wir heute erleben, ist ein Zustand, den wir nicht anders kennen. Es ist eine Katastrophe mit wechselnden Schwerpunkten. Ob es die Hungernden der Welt auf unsere Bildschirme schaffen, liegt an der Nachrichtenlage.

Zu den Ernährungskrisen kamen die Umweltkrisen: Waldsterben, vergiftete Flüsse, Ölteppiche, Tschernobyl, Flächenverbrauch und viele andere lokale und globale Katastrophen. Bei allen wurde versucht, die Symptome unter Kontrolle zu halten. Was es aber nicht gab, war eine Abkehr vom Prinzip „schneller, höher, weiter“. Amerika wurde zum Ziel für den Kurzurlaub, und in den In-Vierteln der Städte braucht man inzwischen einen Sportgerätetransporter, genannt SUV (Sport Utility Vehicle), groß und schwer wie ein Lastwagen, mit den Fahrleistungen eines Sportwagens und natürlich mit Allradantrieb.

Danach rückte, von Umweltschützern und den Research-Abteilungen der Rückversicherer seit Jahren prognostiziert, der Klimawandel in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. An Zielen, Plänen, Absichtserklärungen mangelt es seither nicht. Aber statt unser Verhalten tatsächlich zu

ändern, glauben wir die Probleme lösen zu können, indem wir einen Ablasshandel mit Klimazertifikaten betreiben. Letztendlich werden damit die Armen und die Umwelt wieder zu den Leidtragenden.

Und schließlich, nach der Asienkrise, der Blase am „Neuen Markt“ und anderen regionalen Finanzkrisen: die „Superkatastrophe“, die weltweite Finanzkrise, die man uns als „völlig überraschend“ versucht zu verkaufen. Die Rettung des globalen Kapitalismus, der Banken und Spekulanten ermuntert die Regierungen seither zu finanziellen Hilfeleistungen bisher unbekanntem Ausmaßes. Geld, für dessen Rückzahlung drei Generationen nicht ausreichen werden, und die Beseitigung oder Beherrschung unserer Umweltschäden ist gar nicht eingerechnet.

Diagnose: Kapitalismus gescheitert

Vor der Finanzkrise wurden PKWs auf Halde produziert. Jahrelang diskutierte die globale Autogesellschaft, dass es so nicht weitergehe. Dass die spritfressenden Dinosaurier ersetzt werden müssten und der Verkehr von der Straße weg gehöre. Jetzt, in der Krise, gilt das alles nicht mehr. Der Masterplan ist nicht etwa die Halbierung des Energieaufwands für unsere Gebäude. Nein, wir verschrotten für fünf Milliarden

Euro zwei Millionen teilweise erst vor neun Jahren hergestellte, intakte, oft liebevoll, auch mit enormer Umweltbelastung gepflegte Autos und ersetzen sie durch neue, irgendwo auf dem Globus produzierte Modelle, die sonst keinen Kriterien genügen müssen – Umweltkriterien schon gleich gar nicht. Wir retten die Arbeitsplätze einer Industrie, die wir seit langem als Problem erkannt haben. Würden wir stattdessen eine Investitionszulage von 20 Prozent auf Energiesparmaßnahmen in Gebäuden gewähren, könnten damit Investitionen von 25 Milliarden ausgelöst werden, die auch noch praktisch vollständig im Inland erbracht würden. Von der CO₂-Einsparung ganz zu schweigen. Aber wir verpassen die historische Chance, endlich zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu kommen, die den Planeten überleben lässt.

Die jetzige Krise lässt selbst den Transfer von West- nach Ostdeutschland in den 90er Jahren bescheiden wirken. Wenn wir uns aber vor Augen führen, welche Einschnitte in die soziale Sicherheit der alten Bundesländer durch diese Maßnahmen begründet wurden, so lässt dies nur erahnen, welche Folgen die gegenwärtige Krise nach sich ziehen wird. Bei Lichte betrachtet war der Finanzbedarf des gescheiterten

Sozialismus im Vergleich zur aktuellen Krise des Kapitalismus eher bescheiden. Sicher, die Umweltprobleme des Sozialismus waren „konkurrenzfähig“, aber bei den sozialen Folgen liegt der Kapitalismus vorn. Es ist also angezeigt, nicht nur von einer Krise des Kapitalismus zu sprechen, sondern sein Scheitern zu diagnostizieren.

Kapital verteilt sich nicht

Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir abkehren vom globalen Raubbau an der Natur und der Mehrheit der Menschheit und stattdessen zu einem ökologischen, nachhaltigen, menschlichen und gerechten Wirtschaften kommen. Dies würde aber bedeuten, dass wir unsere Ressourcen nicht für die Rettung der sterbenden Saurierindustrien einsetzen, sondern unsere Kräfte bündeln, um unser gesamtes Wirtschaften so auszurichten, wie es für die Bauern früher eine Selbstverständlichkeit war: nachhaltig und ohne Endpunkt, ganz anders also als bisher. Was aber tun wir? Wir produzieren den Atommüll und hoffen, dass künftigen Generationen etwas einfällt, um ihn zu lagern. Wir fischen die Meere leer und spekulieren darauf, dass folgende Generationen schon irgendwie aus Dreck Lebensmittel erzeugen können.

Wir müssen eine Diskussion über die Ziele des Wirtschaftens führen. Der Zweck der Vermehrung des Kapitals, so wie Wirtschaft derzeit verstanden wird, hat für die meisten Menschen keine Relevanz, weil sie kein Kapital besitzen. Wie wir aus Erfahrung wissen, neigt das Kapital nicht dazu, sich auf eine breitere Basis zu verteilen, wenn es sich vermehrt, im Gegenteil. Ziel des Wirtschaftens muss es werden, die eigene Reproduktion und den eigenen Wohlstand nicht zu Lasten des Anderen oder der Umwelt zu erlangen. Dann wird zum Beispiel klar, dass die Produktion von Futtermitteln oder Energiepflanzen für die Viehherden und die Tanks der Reichen dieser Welt nicht auf den Feldern der Armen stattfinden kann.

Wir müssen uns verabschieden von der Vorstellung, dass es die höchste Freiheit ist, die Umwelt und möglichst viele Menschen rücksichtslos auszubeuten. Ein Leben in Würde darf nicht von dem wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen, Staaten oder ganzen Erdteilen abhängen. Und wenn wir die wirtschaftlich Erfolgreichen betrachten, so ist es eben oft nicht Fleiß und Einfallsreichtum, sondern die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, Skrupellosigkeit und nicht selten auch nur Glück, was „Sieger“ hervorbringt.

Text: Harald Nestler
Foto: © GM Corp.

Die andere Rendite

Mit Geld kann man nicht nur Geld machen

Wer im vergangenen Herbst Angst um sein Geld bekam und es deshalb vermeintlich sicher vermehren wollte, musste unter Umständen Geduld aufbringen. Die Autobanken, die dringend Kapital brauchten, wurden von der Kundschaft überrannt. Bei Zinsangeboten von fünf Prozent und mehr kamen sie nicht mehr damit nach, die Tagesgeldkonten einzurichten.

Misstrauen und Verunsicherung schienen nach den Bankenpleiten so tief zu sitzen, dass aber auch eine vergessen geglaubte Anlagestrategie wieder entdeckt wurde: die Matratze. Trotz „Merkel-Garantie“ und den Beschwichtigungsversuchen des Finanzministers, die verhindern sollten, dass die Deutschen die Banken plünderten, horteten die Menschen so viel Bares wie nie zuvor. Allein am 10. Oktober, einen Tag nachdem es bei der isländischen Kaupthing-Bank kein Geld mehr gab, wurden in der Bundesrepublik 2,7 Milliarden Euro mehr aus- als eingezahlt, Rekord.

Die Gewinner der Krise

Keine besonders guten Zeiten also, so könnte man meinen, für Banken, die „anders“ sind. Banken, bei denen ökologische und soziale Nachhaltigkeit sowie Transparenz nicht nur Vokabeln aus der PR-Broschüre sind. Weit gefehlt. So gilt etwa die genossenschaftlich organisierte GLS Bank aus Bochum als Gewinner der Krise – wenn auch mit aktuell etwa 66.000 Kunden auf einem sehr überschaubaren Niveau. In den ersten vier Monaten des Jahres gewann die Bank nach eigenen Angaben 4000 neue Kunden, 2008 waren es insgesamt 8000 und damit doppelt so viel wie in den Jahren zuvor. „Das Bewusstsein, dass sich angesichts der sich zuspitzenden Probleme grundlegend etwas ändern muss, war nie so groß wie heute“, hat GLS-Chef Thomas Jorberg als Erklärung für das Wachstum der Bank. Und, Stichwort Finanzkrise, weil die Bank sich aus Spekulationen raushalte, mache sie auch keine Verluste aus solchen Geschäften, sagt Jorberg.

„Armut-, Klima-, Finanzmarktkrise – drei Krisen, eine Chance?“, das Thema der diesjährigen Generalversammlung zeigt, dass die GLS Bank nicht nur die eigene Bilanzsumme meint, wenn sie von nachhaltiger Entwicklung spricht. Warum die Bank

freie Schulen, Ökobauern, Fotovoltaikanlagen oder Wohnprojekte finanziert, kann man im „Bankspiegel“ nachlesen, der Hauszeitschrift. Noch ungewöhnlicher für eine Bank: In jeder Ausgabe ist jeder einzelne neue Kreditnehmer samt Kredithöhe aufgelistet. Fritz' Mühlenbäckerei München 80.000 Euro, Bürgersolarstrom Weimar 214.500 Euro, Waldorfschule Oldenburg 11.000 Euro. Die Anleger wissen, was mit ihrem Geld geschieht, und für die Kreditnehmer ist es keine schlechte Werbung, dass die GLS-Banker sie nicht nur aufgrund des wirtschaftlichen Konzepts für kreditwürdig halten, sondern auch darauf schauen, ob das Ganze ökologisch oder sozial tragfähig ist. Den Anlegern scheint es das wert zu sein. Anfang Juli gab es beispielsweise auf das Tagesgeld 1,4 Prozent Zinsen, während bei anderen Banken das Doppelte oder mehr zu holen war. Doch abgesehen davon, dass es so hohe Zinsen oft nur zeitlich begrenzt oder nicht für alle Kunden gibt, erhält man bei der GLS Bank neben der „angemessenen Rendite“ eben den „Mehrwert sinnvoller Investitionen“. Um diesen Mehrwert noch zu steigern, verzichten viele Anleger sogar auf einen Teil der Zinsen oder gleich ganz darauf – Geld, das die GLS, die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken, vor allem an gemeinnützige Projekte weitergibt.

Die Trittbrettfahrer

Dass mit dem Schlagwort von der Nachhaltigkeit Geld zu machen ist, das wissen längst alle, die mit Geld Geld verdienen. Weil aber trotz steigender Nachfrage nach „nachhaltigem Investment“ und „grünem Geld“ den Deutschen beim Thema Finanzen die Umwelt ziemlich egal ist, diskutiert die Branche über die Einführung eines Siegels. Da „nachhaltig“ ein dehnbare Begriff ist, stellt sich die Frage nach dem Nutzen dieses Unterfangens für Umwelt und Gesellschaft. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um vorherzusehen, dass es bei der Zertifizierung auf die berühmten „Mindeststandards“ hinauslaufen wird. Besser als nichts? Nach Recherchen der Berliner taz hat die Krise auch „nachhaltige Fonds“ kräftig gebeutelt. Im März, so schreibt die Zeitung, hätten im deutschsprachigen Raum 21 Milliarden Euro in solchen Fonds gelegen, 13 Milliarden weniger als einhalb Jahre zuvor. Hinzu kommt, dass ver-



mutlich nur die wenigsten Fondsanleger wissen, was da genau mit ihrem Geld geschieht, während es „arbeitet“. Die Zeitschrift *Schrot&Korn* berichtete im vergangenen Dezember, wer zum Beispiel in den größten Neue-Energien-Fonds, den *Blackrock Global Funds New Energy*, investiere, werde auf diese Weise Miteigentümer des Agrarkonzerns *Archer Daniels Midland (ADM)*. *ADM*, der Eingang in den Fonds gefunden habe, weil er auch Biosprit aus Ethanol herstelle, schreibt *Schrot&Korn* weiter, sei der wichtigste Händler von Gensoja.

Der Sinn der Siegel

Die Frage nach dem Sinn einer Zertifizierung ist mit Blick auf das Beispiel GLS Bank leicht beantwortet: Wer nichts zu verbergen hat, braucht keinen Persilschein. Auch die deutsche NGO Urgewald hält nichts von einem neuen Zertifikat, nicht zuletzt aus Erfahrung mit dem FSC-Siegel, das eine nachhaltige Waldbewirtschaftung garantieren soll. In Europa funktionieren das noch, sagt Barbara Happe von Urgewald, aber in Ländern wie Brasilien zum Beispiel sehe man, dass es nichts taue. Immer wieder gibt es Berichte, dass FSC-zertifizierte Plantagen in dem südamerikanischen Land alles andere als ökologisch oder sozial nachhaltig sind. Statt sich auf eine Diskussion über Siegel einzulassen, hat Urge-

wald zusammen mit anderen Umweltorganisationen im Juni die aufwändig recherchierte Seite www.bank-geheimnisse.de ins Internet gestellt. Zu sehen gibt es unter anderem eine Weltkarte, die zeigt, wo große Banken mit Umwelterstörungen und Menschenrechtsverletzungen Geld verdienen. „Die Menschen sollen bei den Banken, die Dreck am Stecken haben, ihre Konten kündigen“, sagt Happe.

Natürlich mangelt es auf der anderen Seite nicht an der Lobbyarbeit. So gibt es beispielsweise seit dem Jahr 2006 den „Sustainable Banking Award“, den Preis für die „Nachhaltigkeitsbank des Jahres“, der von der Financial Times und der Weltbank-Tochter IFC (International Finance Corporation) verliehen wird. Nominiert war in diesem Jahr unter anderem die Deutsche Bank. Ein Skandal, nach Ansicht des Dachverbands Kritische Aktionäre, sollten mit dem Preis doch Banken ausgezeichnet werden, die bei der Integration von Sozial- und Umweltaspekten in ihre Geschäftspraktiken innovative Wege gehen. Auch nach Meinung von Barbara Happe gehört die Deutsche Bank zu den internationalen Schlusslichtern auf diesem Gebiet.

Auch wenn schließlich mit der niederländischen Triodos Bank nach Branchenmeinung keine Fälschung sondern ein Original den Preis bekam, ist es kein Wunder, dass die

GLS, die Umweltbank aus Nürnberg oder die Ethikbank aus Eisenberg in Thüringen nicht in den größer werdenden Topf der „nachhaltigen Banken“ geworfen werden wollen. Denn die Originale wollen weiter zulegen. „Ich fände es gut“, sagte Ethikbank-Chefin Sylke Schröder im Mai der Online-Ausgabe der ZEIT, „wenn ethische Banken in fünf Jahren eine so große Bekanntheit wie Biolebensmittel hätten.“ Ob sie daran gedacht hat, dass Biolebensmittel auch deshalb so bekannt sind, weil sie längst nicht mehr nur im Bioladen, sondern auch bei Lidl & Co. im Regal liegen?

Text: Thomas Rath
Foto: pixelio.de / irisch

LINKS

www.gls.de
www.ethikbank.de
www.umweltbank.de
www.triodos.de

www.urgewald.de
www.bank-geheimnisse.de

Die Abwrackprämie für Pkw ist nicht die einzige Sünde, derer sich die Große Koalition im Rahmen ihrer Aufräumarbeiten zur Wirtschafts- und Finanzkrise schuldig gemacht hat – mit fünf Milliarden Euro wird sie aber die mit Abstand teuerste. Und mit dem Versuch, den mit keinerlei Öko-Auflagen verbundenen Rabatt dem Publikum als „Umweltprämie“ anzudienen, ist sie auch die mit Abstand dreisteste. „Gut angenommen“ wurde das 2.500-Euro-Geschenk trotzdem: 5.000.000.000 Euro durch 2.500 Euro macht 2.000.000 „Profiteure“.

Dennoch liegt das Kernproblem der vielfältigen gesetzgeberischen Versuche zur Krisenbewältigung weniger in falschen Einzelmaßnahmen. Das Kernproblem liegt vielmehr in der Orientierungs- und Konzeptlosigkeit der Krisenbewältigung, die umso schlimmer wiegt, als die Große Koalition ja die Hauptströmungen der Gesellschaft abzubilden vorgibt. Der Regierung und den sie tragenden Parteien fehlt insgesamt der Kompass, der anzeigt, wohin die Reise gehen soll, wenn die Trümmer beiseite geräumt sind und der Neuaufbau beginnt.

Zwar herrscht bezüglich des Auslösers der Weltkrise ein fast allumfassender gesellschaftlicher und auch parteipolitischer Konsens – dem sich selbst die ideologischen Wegbereiter einer grenzenlosen Marktwirtschaft aus FDP und den Wirtschaftsflügeln der Volksparteien in beeindruckender Wendigkeit angeschlossen haben. Auslöser der Misere, so die gängige Interpretation, ist die Ablösung einer durch nichts und niemanden kontrollierten Finanzwirtschaft von realen Werten und der realen Wirtschaft.

Damit endet allerdings die Übereinstimmung. Bezüglich ihrer Bekämpfung teilt sich die Politik, aber auch die Gesellschaft in zwei Lager. Die Lager sind nicht die traditionellen. Sie scheiden sich nicht in links oder rechts, sondern in zukunftsinteressiert oder zukunftsvergessen. Der Riss verläuft nicht nur zwischen den Parteien, sondern zum Teil mitten durch sie hindurch. Der DGB und die IG Metall gehören zu den glühendsten Verfechtern der Abwrackprämie.

Das Lager, das sich seit Ende 2008 insbesondere bei der Ausgestaltung der Konjunkturprogramme weitgehend durchgesetzt hat, sieht die Krise als eine Art Betriebsunfall des Kapitalismus und wünscht sich die Rückkehr zur alten Wachstumslogik. Wenn es gelingt, die Auflösungserscheinungen der dem so genannten freien Spiel der Marktkräfte überlassenen Finanzwirtschaft zu stoppen, sie zu stabilisieren und anschließend dauerhaft zu bändigen, ist die Krise auch in der Realwirtschaft

Zukunftsinteressiert 00

Seit Klima- und Weltwirtschaft
Doppelpack bewältigt werden
bei ihrer Milderung in Politik
Lager gegenüber – es sind

bald überwunden. Solange müssen die bestehenden Strukturen in Deutschland mit Schuldenbergen in nie gekannter Höhe „irgendwie“ stabilisiert werden. Danach kann eine neue Phase des Wachstums und der Prosperität beginnen. Nach dieser Lesart war es vorrangig notwendig, nicht nur das Bankensystem zu stabilisieren, sondern auch die sonstigen industriellen Strukturen der Realwirtschaft – und zwar, so wie sie sind – zu stützen, bis „die Konjunktur wieder anspringt“.

Hat irgendjemand davon gehört, dass an den Opel-Rettungsplan Bedingungen geknüpft wurden? Etwa die, in Zukunft Autos zu bauen, die die Welt in Zeiten der Klimakrise braucht? Nein, die Klimakrise spielt bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise bisher keine wesentliche Rolle. Allenfalls wird erklärt, man werde sich um das Klima kümmern, wenn die Wirtschaft wieder rund läuft.

Das andere Lager, dem sich in Deutschland und Europa die Umweltorganisationen, aber auch ökologisch orientierte Politiker und Unternehmen zugehörig fühlen, interpretiert die Finanz- und Wirtschaftskrise als ein Desaster, das jedoch auch große Chancen für einen beschleunigten Strukturwandel hin zu einer ressourcen- und klimaschonenden Wirtschaftsweise in sich birgt. Dieser Strukturwandel wird nach dieser Vorstellung auch ganz unabhängig von der aktuellen Krise kommen müssen,



wenn nicht schon bald die Klimakrise die gegenwärtige Finanzkrise zu einer harmlosen Episode auf dem Weg in eine katastrophale Entwicklung schrumpfen lassen soll.

Die Voraussetzungen, die Epochenwende einzuleiten, waren jedenfalls geradezu prächtig. Als Nebeneffekt der Krise des Marktradikalismus, hat die Politik massiv an Macht gewonnen. Die Regierungen im In- und Ausland konnten Bedingungen stellen, als ganze Branchen um Milliardenhilfen bettelten. Politische Gestaltungsspielräume, die vor der Krise gegen Null geschrumpft waren, taten sich auf. Natürlich muss der Staat eingreifen, wenn Eckpfeiler der Realwirtschaft oder des Bankensystems wanken und Millionen Arbeitsplätze

der zukunftsvergessen?

**Wirtschaftskrise im epochalen
den müssen, stehen sich
Politik und Gesellschaft zwei
nicht die altbekannten.**



bedroht sind. Allerdings muss jede einzelne Unterstützung unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie geeignet ist, den zur Überwindung der globalen Ressourcen- und Klimakrise ohnehin unausweichlichen Strukturwandel zu beschleunigen oder ob sie im Gegenteil die Strukturen, die diese Krise zusätzlich befeuert haben, noch einmal für die nächste Wachstumsperiode fit macht. Das ist bisher nicht geschehen.

Ob das Fenster der Gelegenheit noch offen steht oder sich angesichts der immensen Schulden, die die große Koalition binnen kürzester Frist angehäuft hat, schon wieder schließt, wird die nun zu wählende Regierung austesten müssen – wenn sie es denn will. Hilfreich wäre eine Art Lackmustrast

für jede einzelne Maßnahme. Stützt sie den notwendigen Strukturwandel oder verzögert sie ihn? Schafft sie Arbeit, die mittel- und langfristig in eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft mündet? Oder werden Arbeitsplätze gesichert, die eine Wirtschaftsweise zementieren, die spätestens während der nächsten Wachstumsphase erneut unter massiven Druck der dann unausweichlichen Maßnahmen gegen den Klimawandel gerät?

Ein in diesem Sinne zukunftsgerichtetes Konjunkturprogramm – Titel: „Mit Klima- und Ressourcenschutz gegen die Weltwirtschaftskrise“ – wäre jedenfalls in der Gesellschaft mehrheitsfähig, wie beispielhaft die überwältigende Zustimmung zum Ausbau der erneuerbaren Energien zeigt.

Leider hat die große Koalition sich in der auslaufenden Wahlperiode für das kleine Karo entschieden: Das große Ganze, die Jahrhundertherausforderung Klimawandel, die Interessen künftiger Generationen und durchaus naheliegende Chancen zur Krisenbekämpfung adressieren die bisher verabschiedeten Konjunkturprogramme nur am Rande – etwa mit Investitionsmitteln für den Schienenverkehr, die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude oder Schulen und Universitäten oder 500 Millionen Euro für die Entwicklung der Elektromobilität. Insgesamt jedoch geht es bei der bisherigen Krisenbewältigung darum, bestehende Strukturen zu stabilisieren, so-

lange die Krise anhält. Danach soll es weitergehen wie zuvor. Das ist das Gegenteil von Zukunftsgestaltung.

Wenn nach der Bundestagswahl die Arbeitslosigkeit kräftig zunimmt, wird der Ruf nach neuen Staatshilfen nicht lange auf sich warten lassen. Dann gibt es, vielleicht, eine zweite Chance. Dann geht es zum Beispiel darum,

– das größte Hindernis beim Ausbau der erneuerbaren Energien, den schleppenden Umbau der Stromnetze in Deutschland, durch Investitionshilfen etwa bei der Verlegung umstrittener Kabeltrassen unter die Erde zu forcieren,

– die Bedingungen für den Ausbau der besonders effizienten, erdgasbasierten Kraft-Wärme-Kopplung weiter zu verbessern, beispielsweise durch eine aufgestockte Förderung von Nah- und Fernwärmenetzen,

– die Förderung der energetischen Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden aufzustoßen – auch über direkte Zuschüsse, statt nur über verbesserte Kreditbedingungen,

– den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) als die umweltfreundliche Alternative zum energieintensiven und klimabelastenden individuellen Autoverkehr auszubauen,

– eine „Umweltprämie“, die diesen Namen wirklich verdient, an Stelle der verfehlten Abwrackprämie umzusetzen. Diese Prämie würde erhalten, wer besonders schadstoffarme und spritsparende Pkw oder solche mit neuartigen umweltschonenden Antriebstechniken (Hybrid, Elektroauto) kauft – wie heute zum Beispiel schon in Frankreich.

Alle diese Maßnahmen (und viele denkbare mehr) bestehen den Lackmus-Test: Sie stabilisieren aktuell den Arbeitsmarkt und forcieren gleichzeitig dauerhaft den ökologischen Strukturwandel. Einfach wird ihre Umsetzung jedoch für keine Regierung. Das Geld fehlt.

Und praktisch mit dem Wahltag läuft die Abwrackprämie aus, der nationale Automarkt fällt in das tiefste Loch seiner Geschichte. Das Heulen und Zähnklappern wird nicht auf sich warten lassen. Und dann wird auch Jörg Hofmann, der IG Metall-Bezirksleiter in Baden-Württemberg, bei der neuen Regierung anklopfen. Der hat schon vor Wochen gemault: „Die Abwrackprämie hilft vor allem den Herstellern von Kleinwagen. Wir brauchen aber Impulse für alle Autobauer.“ Künftig, so Hofmann, müsse „auch der Kauf von größeren Wagen vom Staat gefördert werden“.

*Text: Gerd Rosenkranz, Leiter Politik und Öffentlichkeitsarbeit Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH),
Foto: pixello.de / Stephan Wengelinski*

Klimakrise? Zu komplex.

Warum sind ein Kaufhaus oder eine Autofabrik wichtiger als die drohende, gigantische Katastrophe? Fragen an die Medienwissenschaftler/innen Sven Engesser und Annika Franzetti.

Münchner Stadtgespräche: Warum findet die Umwelt in den Zeiten der Krise medial weniger Beachtung?

Annika Franzetti: Der Soziologe Niklas Luhmann hat die Funktionssysteme der Gesellschaft beschrieben. Er kommt in seiner Theorie zu dem Schluss, dass die Umwelt selber über kein System verfügt und deshalb auch schnell untergehen kann.



Sven Engesser: Wenn man zum Beispiel die Tageszeitung aufschlägt, sieht man: Es gibt ein Politikressort, es gibt ein Wirtschaftsressort, aber es gibt kein Umweltressort. Daran kann man erkennen, was Luhmann meint: Das Wirtschaftssystem kann nur Wirtschaftsfragen klären, das Politiksystem nur Politikfragen, und keines dieser Systeme kann eigentlich Umweltfragen wirklich verstehen.

Franzetti: Umwelt findet deshalb auch immer nur da statt, wo es gerade akut ist. Es gibt kein eigenes Medium, das sich damit befasst. Umweltprobleme müssen eine Art „Hopping“ vollführen. Dadurch wird Um-

welt selten als Ganzes wahrgenommen.

Engesser: Wenn die Umwelt die Chance kriegt, in der Sprache zu kommunizieren, die auch ein System spricht, dann kommt sie auf die Agenda. Wenn man Umweltfragen etwa unter dem Gesichtspunkt betrachtet „was kostet das?“, dann wird es plötzlich interessant für das Wirtschaftssystem. Wenn man sie unter dem Gesichtspunkt des politischen Systems betrachtet, „bedeutet das für mich Macht, gewinne ich dadurch die Wahl, oder gewinne ich sie nicht?“, dann interessiert sich das politische System plötzlich für Umwelt.

Mittlerweile weiß jeder, dass die Folgen des Klimawandels deutlich teurer sein werden als die

mehr Umweltthemen finden als in der *FAZ* oder in der *Welt*, liegt daran, dass am linken politischen Spektrum Umweltthemen mehr Beachtung finden als am rechten, während da vielleicht wirtschaftspolitische Themen eher diskutiert werden.

Engesser: Ein anderer Aspekt ist die Ausbildung. Es gibt Studiengänge und Ausbildungswege für Wirtschaftsjournalisten oder für Politikjournalisten. Den Umweltjournalisten an sich gibt es in der Ausbildung gar nicht. Er sitzt zwischen allen Stühlen, und das trägt auch dazu bei, dass die Umwelt nicht so stark verortet ist.

Es liegt doch sicher auch daran, dass Menschen, die mit einem „Wir sind Opel“-T-Shirt herumlaufen, mehr Quote machen als Zigtausend Klimaflüchtlinge.

Engesser: Es geht darum, was den höheren „Nachrichtenwert“ hat. Es gibt zum Beispiel einen Nachrichtenfaktor „Schaden“:

„Ein Riesengebilde aus Zahnrädern, die ineinander greifen und nicht mehr zu beschreiben sind.“

Wirtschaftskrise. Trotzdem ist von der Klimakrise vergleichsweise wenig die Rede.

Franzetti: Die Massenmedien sind gefragt, genau diese Verknüpfungen her-

zustellen und diese Zusammenhänge auch nachvollziehbar und offenbar zu machen. Aber in dem Moment, in dem Umwelt nur ganz punktuell stattfindet, wird diese Transferleistung nicht erbracht.

Es ist ja nicht so, als gäbe es solche Verknüpfungen gar nicht. In der *taz* zum Beispiel gibt es ein Ressort „Wirtschaft und Umwelt“. Warum macht das etwa die *FAZ* nicht?

Franzetti: Wenn man *taz* und *FAZ* vergleicht, muss man natürlich auch die Historie der beiden Medien vergleichen. Die *taz* ist mit der Umweltbewegung entstanden und gewachsen, und dass sich in der *taz*

Die verlieren vielleicht ihren Job. Es gibt den Nachrichtenfaktor „Nähe“: Arcandor schafft es in die Medien, denn man hat den Karstadt vor der Tür. Die Umwelt tut sich mit solchen Faktoren oft ein bisschen schwer, weil sie nicht so greifbar ist, und vor allem gibt es nicht so viele prominente Akteure in dem Bereich wie zum Beispiel im Wirtschafts- oder Politiksektor.

Franzetti: Der Klimawandel zieht sich schon über Jahre hin. Es ist ein langfristiges, komplexes Thema, während so etwas wie Stellenabbau und Kündigung ganz kurzfristige, punktuelle, sehr greifbare und abzuschließende Themen sind.

Engesser: Man kann den Soziologen Ulrich Beck so interpretieren, dass es eine gewisse Sättigung bei uns gibt, weil die Menschen in Deutschland eine lange Umweltbewegung hinter sich haben. Wenn jetzt wieder jemand mit einem Umweltthema kommt, dann denken vielleicht viele Rezipi-

enten: „Ach, das weiß ich doch alles schon. Natürlich gibt es den Klimawandel, aber will ich das noch mal hören?“

Die Medien können gar nicht vermitteln, dass die Kosten der Wirtschaftskrise Peanuts sind im Vergleich zu dem, was der Klimawandel verursacht?

Engesser: In der Agenda Setting-Forschung beschäftigt man sich mit der Frage, ob man ein Thema aus den Medien eigentlich auch im Alltag wahrnehmen kann. Die Antwort ist: Die Dinge, die wirklich viel kosten – langfristige Schäden, etwa der Klimawandel – lassen sich nur bedingt wahrnehmen. Es gibt andere Probleme, die nachvollziehbarer sind. Es geht darum, ob Probleme greifbar sind, und das sind sie im Umweltbereich seltener.

„Es ist ein Systemproblem, aber unsere Gesellschaft löscht nur noch einzelne Brände.“

Wir reden die meiste Zeit von den Medienutzern, aber wie ist es denn mit den Medienmachern: Trauen die sich nicht, dürfen die nicht, können die nicht?

Engesser: Es ist schwierig, die haben große Herausforderungen. Die Prozesse sind sehr schwer zu verstehen, und viele Dinge passen auch nicht in die Medienlogik. Nehmen wir den Klimawandel. Eigentlich wäre es schön, wenn man klare Ansagen machen könnte. Aber wenn man nachforscht als Journalist, merkt man, es gibt widersprüchliche Ansagen. Keiner kann es einem genau sagen, die Wissenschaftler machen ungern Pauschalaussagen. Da kann man schwer polarisieren.

Mal weg von den Massenmedien. Selbst bei denen, die sich einer Gegenöffentlichkeit verpflichtet haben, scheint die Umwelt im Augenblick kein großes Thema zu sein. Stattdessen gibt's da auf einmal die großen Finanzdossiers. Warum ist das so?

Engesser: Wir haben in unserer Studie zur Gegenöffentlichkeit einen negativen Zusammenhang gefunden. Je reichweitenstärker ein Forum für Gegenöffentlichkeit ist, desto mehr qualitative Abstriche muss man machen und andersherum. Vielleicht gibt es auch viele Medien im Internet, die sich sehr intensiv mit dem Problem Klimawandel beschäftigen, aber die sind schwer zu finden und dümpeln ein bisschen vor sich hin. Und es hat auch mit Zyklen zu tun. Wenn ein großes Umwelt-Event stattfindet, also wenn jetzt zum Beispiel Kopenhagen näher rückt, dann werden die Alternativmedien im Internet auch voll davon sein.

Die funktionieren genauso wie die bürgerliche Presse?

Franzetti: Egal welche Medien, ob alternative und Gegenöffentlichkeitsmedien oder die ganz etablierten: Im Grunde sind alle auf eine Öffentlichkeit aus und wollen irgendwie Masse erreichen.

Und das funktioniert einfach über die Themen, über die man spricht. Wir alle wollen informiert sein, weil wir mitreden wollen. Und wenn auf der öffentlichen Agenda Umweltthemen gerade nicht stattfinden, dann wird der Kreis, mit dem wir uns über solche Umweltthe-

men austauschen können, immer kleiner.

Noch einmal zurück zu den Massenmedien und den Medienmachern. Kann es sein, dass die Lobbyarbeiter gerade ziemlich viele Überstunden machen?

Engesser: Mit Sicherheit.

Die Dominanz der Wirtschaftskrise in den Massenmedien ist der Lobbyarbeit derer geschuldet, die jetzt viel Geld verlieren können?

Engesser: Wenn man sich ansieht, wie Nachrichten entstehen, dann spielt natürlich auch die Öffentlichkeitsarbeit eine große Rolle. Vor allem jetzt, da die Medien auch von der Krise betroffen sind. Sie müssen auch sparen und ihren investigativen, anspruchsvollen Journalismus zurückschrauben. Daher greifen sie aus Ressourcengründen mehr auf Quellen zurück, die sie leichter bekommen können – Pressemitteilungen oder Leute, die bei ihnen vorstellig werden.

Die Medien sprechen von der Wirtschaftskrise oder von der Finanzkrise. Selten einmal geht es um die Klimakrise, kaum um die Ernährungskrise. De facto haben wir eine Systemkrise. Warum packt das in den Medienbetrieben niemand an?

Franzetti: Das ist oft zu komplex und zu schwierig zu beschreiben. Wenn wir bei der Systemkrise sind, dann gehört die Bilanzkrise noch da rein, die Familienkrise und so weiter. Das wird ein Riesengebilde

aus Zahnrädern, die ineinander greifen und nicht mehr zu beschreiben sind.

Engesser: Es ist typisch für unsere Gesellschaft, dass wir nur noch einzelne Brände löschen, nur noch versuchen, glimpflich in Bahnen zu lenken, was wir angestellt ha-



ben. Ich denke, es ist auf jeden Fall ein Systemproblem, aber da müssen die Soziologen ran und sich damit auseinandersetzen. Die Medien sind nur ein Teilsystem.

*Interview: Thomas Rath, Florian Braunreuther
Fotos: Florian Braunreuther*

INFO

Sven Engesser und Annika Franzetti sind wissenschaftliche Mitarbeiter/innen am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. Engessers Arbeitsschwerpunkte sind Journalismusforschung und politische Kommunikation. Franzettis Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kommunikation und der international vergleichenden Forschung. Gemeinsam sind sie an einem internationalen Forschungs- und Lehrprojekt zur Umweltkommunikation (Global Environmental Journalism Initiative) beteiligt.

Wer hätte das gedacht: Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise steht unversehens die Klimakrise im Fokus des Interesses von Kreisen, die ökologische Regulierungsmaßnahmen noch vor wenigen Jahren als wirtschaftliches Hemmnis und Jobkiller verfeimt haben. Nun soll die „grüne“ Technologie aus der Krise helfen und Arbeitsplätze schaffen. Unisono geben Politik und Wirtschaft hehre Ziele aus. Doch was ist dran an der „Jobmaschine Green Tech“? Wie „öko“ sind die gefeierten Jobs tatsächlich? Und: Ist die Umweltbranche wirklich so krisensicher wie behauptet?

Unsere Ziele sind Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise durch eine unabhängige Energieversorgung sowie Klimaschutz“. So skizziert Astrid Klug die Energiepolitik der Bundesregierung. Laut der Parlamentarischen Staatssekretärin im Umweltministerium arbeiteten 2006 bereits 1,8 Millionen Menschen in der Umweltbranche. Und bis 2020 will man durch die Klimapolitik 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

In der Tat weist der Umweltwirtschaftsbericht des Umweltbundesamtes (UBA) und des Bundesumweltministeriums (BMU) einen Beschäftigungszuwachs aus: Im Vergleich zu 2004 verdankten 2006 fast 300.000 mehr Menschen ihren Arbeitsplatz dem Umweltschutz. Gleichwohl ist dieser Bereich von unterschiedlichen Entwicklungen gekennzeichnet. So entstehen neue Jobs durch den Export von „potenziellen Umweltschutzgütern“, bei den „umweltorientierten Dienstleistungen“ und vor allem bei den erneuerbaren Energien. Dahingegen stagniert laut Bericht die Zahl der Stellen, die auf langfristige Umweltschutzinvestitionen sowie auf Sachausgaben für Umweltschutz in den Bereichen Abfall, Gewässer, Luft und Lärm zurückzuführen sind.

Ein buntes Potpourri

Zudem etikettiert die Statistik ein weites Feld als „Umweltschutz“. „Potenzielle“ Umweltschutzgüter wie Pumpen, Leitungen, Mess-, Steuer- und Regelgeräte können dem Umweltschutz dienen, müssen es jedoch nicht zwangsläufig. Desgleichen firmiert unter dem Label „umweltorientierte Dienstleistungen“ ein buntes Potpourri von Land- und Forstwirtschaft über „Öko“-Supermärkte und Car-Sharing bis hin zu den Umweltschutzbereichen der öffentlichen Verwaltung. Eine „umweltorientierte Dienstleistung“ kann also alles mögliche sein – dem Greenwashing sind Tür und Tor geöffnet.

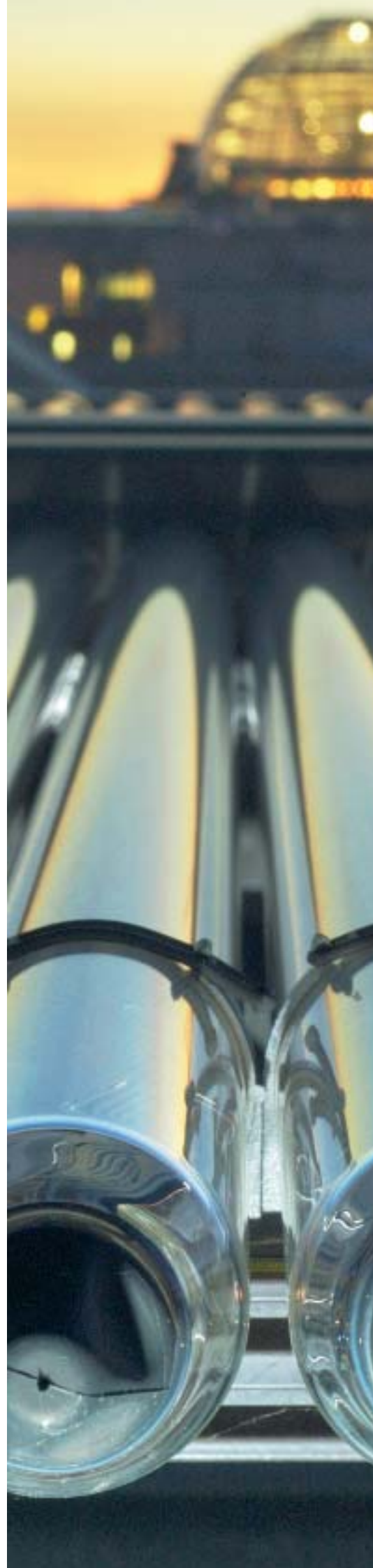
Weitaus klarer sind die Zahlen von UBA und BMU für den dritten Bereich. Aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der darin langfristig garantierten Einspei-

severgütung hat die Nutzung erneuerbarer Energien in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Dementsprechend stieg auch die Zahl der Beschäftigten um nahezu 50 Prozent, von 160.500 im Jahr 2004 auf 235.600 2006. Im Vergleich zu 2002 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze sogar nahezu verdoppelt. Bis auf die Wasserkraft trugen alle Sparten zu diesem Wachstum bei. Am rasantesten wuchsen Geothermie und die Solarwirtschaft, ausgehend allerdings von einem relativ niedrigen Niveau. Den weitest hohen Anteil am Beschäftigungsfeld erneuerbare Energien machen inzwischen Biomasse und der Agro-Sprit aus.

„Wettbewerbsfaktor Energie“

Doch gerade letztgenannter Bereich ist in höchstem Maße problematisch: Der Einsatz von Biomasse zur Energieerzeugung ist ökologisch und sozial grundsätzlich nur dann akzeptabel, wenn Abfälle, Reststoffe und organisch belastete Abwässer verwertet werden, die man sonst mit unter Umständen enormem Energieaufwand behandeln müsste. Unwahrscheinlich, dass dies im großen Stil wirtschaftlich profitabel und ökologisch vertretbar ist. Die Versuchung, doch auf „Energiepflanzen“ zurückzugreifen, liegt nahe. Dabei haben diese eine miese Ökobilanz, sie bedrohen die Ökosysteme der Erde und stehen auf katastrophale Weise in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Profitinteressen und der Energiedurst des Nordens verschärfen somit die Ernährungskrise und die Lage von über einer Milliarde hungernden Menschen auf der Welt. Ungeachtet dessen regt sich der Protest der deutschen Agro-Sprit-Lobby, seitdem die Bundesregierung sehr zaghaft die Förderung der „Bio“-Kraftstoffe reduziert. Gewiss, Arbeitsplätze sind hier in Gefahr. Darum ist die Politik jetzt gefordert, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und ökologisch sinnvolle Alternativen zur Agro-Sprit- und Biomasse-Branche zu fördern.

Thermische Solaranlage auf dem Dach des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung. Im Hintergrund der Reichstag.





Die Zukunftsbranche

„Grüne“ Technologien brauchen einen verlässlichen Rahmen

Das Beispiel „Bio“-Energie illustriert, dass es mit dem Einklang von Ökologie und Ökonomie mitunter nicht weit her ist und sich das Verhältnis bei genauerem Hinsehen dann doch ambivalent gestaltet. Gut, dass inzwischen die gesamte Wirtschaft den Umweltschutz entdeckt hat. Sogar die Unternehmensberater von McKinsey haben unlängst eine Studie zum „Wettbewerbsfaktor Energie“ präsentiert. Neben sinnvollen Bereichen, wie beispielsweise Gebäudesanierung, Energiemanagement oder erneuerbare Energien, wähnt McKinsey jedoch auch den Bau von Atomanlagen sowie die teure und ineffiziente CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) als „Wachstumsthemen der nächsten Jahre“. Die Klimadebatte macht es eben leicht, den ökologischen Wahnsinn mit einem grünen Mäntelchen zu tarnen und mit dem Argument neuer, vermeintlich „grüner“ Arbeitsplätze zu stützen. Die Politik muss deswegen den Vorrang des Umweltschutzes durch klar definierte Grenzen garantieren und darf ausschließlich ökologisch sinnvolle Technologien fördern.

Von der Krise nicht unberührt

Solche Rahmenbedingungen sind insbesondere in den Zeiten der Krise dringend notwendig, zumal auch der Boom-Sektor der erneuerbaren Energien nicht vor einer schlechten Wirtschaftslage gefeit ist. Die Finanzkrise erschwert die Suche nach Investoren, und der im Gefolge der Krise vorübergehend drastisch gesunkene Ölpreis macht alternative Energien weniger attraktiv. So ist es im vergangenen Jahr 2008 erstmals zu einem Rückgang der Investitionen in grüne Energieproduktion gekommen. Offshore leidet laut Bundesverband Windenergie deutlich unter der Finanzkrise. Gleichwohl kommt der Branche der gesunkene Stahlpreis entgegen. So geht denn auch beispielsweise der Windkraftanlagenhersteller Nordex davon aus, dass die Windkraft dank der staatlichen Konjunkturprogramme eine der ersten Industrien sein wird, die sich wieder erholt. Ebenfalls von der Krise nicht unberührt ge-

blieben ist die Solarbranche, obgleich hier neben der Kreditzurückhaltung der Banken vor allem ein Überangebot an Solarfabriken Nachfrage und Preise sinken lässt. Der aus Sicht der Analysten überfälligen „Marktberingung“ sehen daher nicht alle Anbieter negativ entgegen. Andrea Zepf, Sprecherin des Sulzemooser Photovoltaik-Herstellers Phoenix Solar, geht davon aus, dass ihr Unternehmen gestärkt aus der aktuellen Konsolidierungsphase hervorgehen wird: „Sicher spüren auch wir die stetige Minderung der Modulpreise. Ebenso merken wir die Kreditzurückhaltung beim Bau von Großkraftwerken. Dennoch werden unsere Projekte realisiert. Nur eben etwas langsamer.“ Zepf gibt sich optimistisch: „Die erneuerbaren Energien sind weiterhin eine Zukunftsbranche und werden weiter wachsen. Freilich sind wir dazu auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen.“

Potenzial für die „Green Economy“

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass „die Dynamik der Umweltschutzmärkte wesentlich durch staatliche Eingriffe und Anreize geprägt ist“, heißt es in einer Randnotiz des Umweltwirtschaftsberichts des UBA und des BMU. In der Tat: Politik wirkt. Nur muss sie auch die richtigen Anreize setzen. Das heißt, Politik muss weitsichtig agieren und wirklich nur ökologisch sinnvolle Maßnahmen und Bereiche fördern, um einen grundlegenden ökologischen Umbau der Wirtschaft zu erreichen. Dass wir davon noch weit entfernt sind, führt die vielzitierte Abwrackprämie für Altfahrzeuge leider allzu deutlich vor Augen. Diese Konjunkturmaßnahme ist kurzatmig und wird schnell verpuffen. Sie ist zudem kurzsichtig, weil die alten Stinker lediglich durch neue Stinker ersetzt werden. Anreize für innovative Technologien: Fehlanzeige. Es bedarf also noch großer Anstrengungen für die Wende zu einer tatsächlichen „Green Economy“. Das Potenzial ist dafür definitiv da.

Text: Florian Braunreuther
Foto: BSW-Solar/Langrock

Kolonialismus 3.0

Die weltweite Wirtschaftskrise verleitet die armen Länder des Südens dazu, das herzugeben, was ihnen noch geblieben ist: ihr Land. Finanzhaie und reiche Staaten sind längst in Position.

In diesem Frühjahr wurde nach einer Reihe blutig niedergeschlagener Demonstrationen, bei denen weit über 100 Menschen getötet wurden, auf Madagaskar die amtierende Regierung von Marc Ravalomanana gestürzt. Hintergrund der Ausschreitungen: Die Regierung hatte mit dem südkoreanischen Logistikkonzern Daewoo auf der bitterarmen Insel einen Pachtvertrag über 1,3 Millionen Hektar Land abgeschlossen – das entspricht annähernd der Größe Oberbayerns. Der Konzern will auf diesem Land Mais und Ölpalmen für den südkoreanischen Markt pflanzen. Als einzige Gegenleistung versprach Daewoo neue Arbeitsplätze und neue Straßen, ein Pachtzins wird nicht fällig.

Dieses drastische Beispiel ist leider kein Einzelfall. Schon seit Jahren verpachten oder verkaufen Entwicklungsländer zunehmend und in großem Stil Teile ihrer Ländereien an private Investoren oder andere Staaten. Diese sichern sich die Flächen vor allem, um dort Nahrungsmittel für den Export oder Energiepflanzen für Agro-Spirit anzubauen. Für diese neue Form der Aneignung von Grund und Boden der Armen hat sich der Begriff „land grabbing“ etabliert. Hauptsächlich afrikanische Länder wie Sudan, Mali oder Äthiopien, aber auch lateinamerikanische wie Brasilien oder Argentinien sowie asiatische wie Pakistan, Thailand oder Kambodscha bluten aus. Laut der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind allein in Äthiopien derzeit mindestens 170 Fälle von Landverkauf verzeichnet. Weltweit gingen laut Olivier de Schutter, dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, zwischen 2006 und 2008 bis zu 20 Millionen Hektar Land in Entwicklungsländern in andere Hände über. Neben privaten Investo-

ren aus den USA, Japan und Europa sind es vor allem Staaten wie Saudi-Arabien, Kuwait, Libyen, aber auch Schwellenländer wie China, Indien oder Ägypten, die Interesse an den fruchtbaren Böden der Armen zeigen. Mittlerweile geben sich auch die Vereinten Nationen besorgt und warnen vor ernstesten Folgen für die Bevölkerung in den betroffenen Ländern. Jacques Diouf, Präsident der FAO, geißelt das „land grabbing“ gar als neue Form des Kolonialismus.

Landwirtschaft wird „outgesourct“

Drei parallele Entwicklungen führen zu der für die Entwicklungsländer und deren Ernährungssicherheit bedrohlichen Situation. Zahlreiche Staaten, die aus geographischen Gründen in großem Maßstab Nahrungsmittel importieren müssen, haben nach der Explosion der Nahrungsmittelpreise in den Jahren 2007 und 2008 eine Strategie entwickelt, um auf steigende Weltmarktpreise für Lebensmittel zu reagieren. Allein in Saudi-Arabien stiegen die Ausgaben für die Einfuhr von Nahrungsmitteln in den vergangenen fünf Jahren von acht auf 20 Milliarden US-Dollar. Daher, so der Plan der Scheichs, soll künftig ein großer Teil der Landwirtschaft „outgesourct“ werden. Auch China und andere reiche Wüstenstaaten mit wenig fruchtbarem Ackerland sehen in diesem Vorgehen einen Weg, um in den kommenden Jahrzehnten die Ernährung ihrer Bevölkerung sicher zu stellen. Schon heute investieren sie daher gewaltige Summen, um sich fruchtbares Land in Entwicklungsländern zu sichern. So baut zum Beispiel der saudische Konzern Hadco im Sudan Gemüse, Weizen und Viehfutter auf 10.000 Hektar Land an. Auch die Bin Laden Gruppe aus Saudi-Arabien ist bereits tätig. Sie hat sich mit 4,3 Milliarden US-Dollar in Indonesien die Zugriffs-

rechte für 500.000 Hektar Ackerland gesichert und will dort Reis anbauen. Alle bisherigen Maßstäbe sprengt allerdings ein aktueller Vorschlag aus Südafrika: Investoren wollen in der Demokratischen Republik Kongo zehn Millionen Hektar Land erwerben. Südafrikanische Landwirte sollen dort Mais und Soja für den Export nach Südafrika anbauen und Schweinezucht betreiben. Zum Vergleich: Das Bundesland Bayern ist lediglich sieben Millionen Hektar groß.

Das Hauptopfer der Krise: Afrika

Erleichtert wird der Land-Raubzug im globalen Süden durch die Wirtschaftskrise. Denn laut Organisationen wie Weltbank und FAO werden die Entwicklungsländer und insbesondere der afrikanische Kontinent Hauptopfer der Krise sein. Die Weltbank prognostiziert für diesen Erdteil einen dramatischen Einbruch des Wirtschaftswachstums. Hauptgründe sind die sinkende Nachfrage nach Rohstoffen seitens der Industrieländer und die Tatsache, dass die Investitionslaune reicher Staaten durch die Krise empfindlich gedämpft ist. Die Konsequenz: Die Krise wird laut Weltbank zu noch mehr Armut und Hunger führen und





allein in Afrika rund 700.000 weiteren Kindern unter einem Jahr das Leben kosten. Händeringend suchen afrikanische Regierungen deshalb nach neuen Einnahmequellen – und haben eine der letzten Ressourcen entdeckt, die ihnen bleibt: ihr Land.

Hedge Fonds suchen Anlagen

Gleichzeitig wird in der Krise Land als neue Wertanlage entdeckt. Hedge Fonds und Investmentbanken suchen nach dem Platzen der Immobilienblase verstärkt nach vermeintlich sicheren Anlagen. Und Analysten zufolge lohnen sich Investitionen in die Landwirtschaft und insbesondere in Land. Denn im Zuge der Explosion der Lebensmittelpreise in den Jahren 2007 und 2008 stieg rund um den Globus der Wert von Land. So kletterten allein im Jahr 2007 die Preise für Ackerböden in Brasilien um 16 Prozent, in Polen um 31 Prozent und im mittleren Westen der USA um 15 Prozent. Schon rüsten sich Investoren und Banken für das nächste große Geschäft. Die US-Bank Morgan Stanley hat sich bereits Rechte an 40.000 Hektar Ackerland in der Ukraine gesichert. Und Finanzjongleure aus den USA haben erst unlängst einen 200

Millionen US-Dollar schweren Hedge Fonds eröffnet, um Land zu erwerben.

Die Folgen des „land grabbing“ für die Menschen in den betroffenen Staaten und die Ökosysteme sind gravierend. Aus ökologischer Sicht ist vor allem der Trend zu riesigen Monokulturen und Bewässerungswirtschaft bedenklich. Welche Folgen es für die biologische Vielfalt hat, wenn das in der Steueroase Isle of Man registrierte Unternehmen GEM Biofuels in Madagaskar 450.000 Hektar Land umwandelt, um „Bio“-Diesel zu gewinnen, mag man sich leicht ausrechnen. Hinzu kommen die Konsequenzen von Pestizid- und Kunstdüngereinsatz für Böden und Wasserhaushalt und nicht zuletzt auch für die Gesundheit der Menschen, die in den Monokulturen arbeiten müssen.

Ohne Rücksicht auf die Menschen

Noch mehr Sprengstoff bergen allerdings die sozialen Folgen des „land grabbing“. Denn in den allermeisten Fällen liegen die Flächen, die den Raubzügen der neuen Investoren zum Opfer fallen, in Gebieten, die bereits von Kleinbauern genutzt und bewohnt werden. Oft werden die Landdeals

ohne Rücksicht auf die Menschen geschlossen, die hier seit Generationen leben und arbeiten. In Afrika sind die meisten Landtitel nicht rechtskräftig vergeben. Die Menschen müssen den neuen Herren weichen und werden auf weniger fruchtbare Standorte vertrieben. Die in den meisten Staaten sowieso schon prekäre Ernährungssituation wird durch das „land grabbing“ noch weiter in Frage gestellt und die Nahrungsmittelsicherheit dadurch unmittelbar bedroht.

Die bedeutendste Konsequenz für die betroffenen Kleinbauern vor Ort wird jedoch, so die Organisation GRAIN in einer Studie über das „land grabbing“, die Enteignung der Bauern und ihre neue Funktion als Lohnarbeiter auf den Plantagen der Reichen sein. „Bauern werden nie wieder wirkliche Bauern sein, egal ob sie eine Arbeit haben oder nicht.“

Text: Andreas Bauer
Foto: aboutpixel.de / kede



In Krisenzeiten ist der Mensch besonders anfällig dafür, in neuartigen Technologien den Heilsbringer zu sehen. Das aktuelle Zauberwort heißt CCS – Carbon Capture and Storage, auf deutsch: Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid. Mit dieser „Zukunftstechnologie“ will die Kohlelobby vor allem eines: die klimaschädlichen Kohlekraftwerke salonfähig machen und ordentlich Geld verdienen.

Wird Kohle verbrannt, soll das dabei entstehende CO₂ abgeschieden und langfristig unterirdisch gespeichert werden. Es soll – ähnlich wie Atommüll – quasi für die Ewigkeit gelagert werden, ohne jemals wieder in die Atmosphäre entweichen zu können. Ein riskantes Unterfangen für das Klima.

Ob die Idee halten kann, was sie verspricht, ist völlig unklar. Die Technik ist jung, von einem kommerziellen Einsatz weit entfernt und nach den Prognosen frühestens 2020 ausgereift. CCS kostet zudem viel Geld. Das Abscheiden und Verpressen von Kohlendioxid verbraucht so viel Energie, dass der Strom etwa 30 Prozent teurer werden würde. Hinzu kommen die Kosten für den Bau einer etwa 500 km langen Pipeline, durch die das abgeschiedene CO₂ in die Speicher geleitet werden soll, Speicher die erst noch gefunden und ausgebaut werden müssen. Wer also jetzt in Kohle mit CCS-Technik investiert, bindet langfristig Kapital – das für regenerative Energien fehlt.

Kritischer als Abscheidung und Transport ist die Speicherung von CO₂. Das Treibhausgas soll in aufgelassene Öl- oder Gasfelder oder in Salzschieben tief unter der Erde dauerhaft eingelagert werden. Nur kann heute natürlich noch niemand sagen, ob es tatsächlich über den angedachten Zeitraum von 10.000 Jahren dort auch bleibt. Wenn sich die Speicher als undicht erweisen und das Gas entweichen kann, ist der eigentliche Zweck dahin und die Atmosphäre wird sich weiter aufheizen.

Der Sachverständigenrat warnt

Kritiker mahnen, dass die hoch gesteckten Klimaziele nicht erreicht werden können, wenn auch in Zukunft Kohle verstromt wird. Wer damit rechnet, dass bis Mitte dieses Jahrhunderts unsere Energie komplett regenerativ erzeugt wird, kann nicht gleichzeitig auf Kohle setzen – auch nicht als Übergangslösung, und selbst dann nicht, wenn das CO₂ abgeschieden wird. Das sagt nicht etwa ein kritischer Umweltverband, sondern der unverdächtige Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung. Der Strommix der Zukunft wird nach Meinung des SRU aus schnell regelbaren, dezentralen Energiequellen bestehen: aus den Erneuerbaren.

Die CCS-Technologie, gibt der Sachverständigenrat zu bedenken, würde den Erneuerbaren auch auf einem anderen Feld Konkurrenz machen: Ist ein mögliches CO₂-

Speichergebiet erst einmal ausgewiesen, kann es nicht mehr anderweitig genutzt werden. Die Möglichkeit, an gleicher Stelle etwa die Erdwärme zu nutzen, wird damit ausgeschlossen – ein für allemal. Und schließlich weist der SRU noch auf ein besonderes Risiko hin: Wenn Kohlendioxid aus einem undichten Speicher austritt, kann es sich zum Beispiel in Erdsenken sammeln, da es schwerer als Luft ist. Steigt ein Mensch in eine solche Senke, erstickt er an Sauerstoffmangel.

Unterstützung aus Brüssel

Solche Sorgen treiben die Energiekonzerne freilich nicht um. In Deutschland wird so viel heimische Kohle verstromt, dass dadurch jährlich 350 Millionen Tonnen CO₂ in die Atmosphäre geblasen werden. RWE produziert seinen Strom zu 33 Prozent aus Braunkohle und zu 32 Prozent aus Steinkohle und ist damit der größte CO₂-Emitent in Europa.

Auch der schwedische Konzern Vattenfall betreibt überwiegend Kohlemeiler in Deutschland und plant zudem – anders als RWE – eine Reihe von großen Neubauten, die bis weit in die zweite Hälfte des Jahrhunderts diese Art der Stromerzeugung zementieren würden. Die Stromkonzerne brauchen also die CCS-Technologie, um den Rohstoff Kohle auch in Zeiten des Klimawandels weiter nutzen zu können. Unterstützung dazu kommt aus Brüssel. Zwi-

schen sechs und zehn Milliarden Euro gibt es, um zwölf Demonstrationsprojekte in der EU zu fördern, drei davon in Deutschland. RWE, Vattenfall und E.ON wollen in Hürth (NRW), Jämschwalde (Brandenburg) und Wilhelmshaven (Niedersachsen) neue CCS-Kraftwerke mit einer Kapazität von jeweils 400 bis 450 MW bauen. Voraussetzung für die Förderung ist jedoch, dass bis Ende des Jahres ein nationaler Rechtsrahmen geschaffen wird.

Vattenfall hat's eilig

In Berlin wurde deshalb auf die Schnelle ein Gesetz zur „Regelung der Abscheidung, des Transports und der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid“ entworfen, das noch vor der Sommerpause – und damit vor der Bundestagswahl – in trockene Tücher gebracht werden sollte. Doch das Gesetz war mit heißer Nadel gestrickt, es basierte auf Wunschvorgaben der Kohlelobby. Der Bundesrat mahnte deutlichen Korrekturbedarf an: Technische, ökologische als auch finanzielle Fragen seien offen.

Umweltverbände kritisierten vor allem die völlig unzulängliche Haftungsregelung, die die Betreiber nur etwa 70 Jahre in die Verantwortung genommen hätte, danach sollte sie auf die Länder übergehen. Die Energiekonzerne hätten damit einmal mehr unkalkulierbare Kosten auf den Steuerzahler abgewälzt. Das Gesetz wurde schließlich gekippt – zumindest für diese Legislaturperiode. Damit kann es für die EU-Förderung der deutschen Pilotprojekte eng werden, denn die Frist für den geforderten

Gesetzesrahmen läuft Ende des Jahres aus.

Derweil hat es Vattenfall eilig. Der Konzern ist bereits in Vorleistung gegangen und betreibt seit Herbst letzten Jahres die erste deutsche CCS-Pilotanlage im brandenburgischen Industriestandort Schwarze Pumpe. Vattenfall-Chef Lars Göran Josefsson will die Technologie rasch zur Serienreife bringen, viel schneller als von der EU gefordert. Als Belohnung möchte er der kommenden Bundesregierung die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke abtrotzen, seine deutschen Pannemeiler Brunsbüttel und Krümmel sollen schließlich noch länger die Kasse füllen. Als jüngst ernannter Berater für Klimaschutzfragen von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon und langjähriger Einflüsterer von Bundeskanzlerin Merkel rechnet Josefsson sich gute Chancen aus. Dumm nur, dass ausgerechnet jetzt das Vattenfallsche AKW Krümmel so große Probleme macht.

Die Argumentation der Kohle-Lobby für CCS ist ähnlich wie der der Atom-Lobby pro Laufzeitverlängerung. Die Speicherung und Lagerung von Kohlendioxid soll nur eine so genannte Brückentechnologie auf dem Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien sein. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall: Diese angeblichen Brücken verhindern den zügigen Ausbau der Erneuerbaren. CCS kann eine teure Pleite für das Klima werden, denn wer wie Vattenfall viel Geld in Kohlekraftwerke investiert, wird bei regenerativen Energien

sparen. Und ob die Technik funktioniert, steht in den Sternen.

Nicht zuletzt sorgt der Emissionshandel dafür, der im nächsten Jahr erstmals wirksam wird, dass die Betreiber der CO₂-Schleudern die CCS-Technologie vorantreiben. Denn ab 2010 müssen deutlich mehr Handelszertifikate von den CO₂-Emittenten ersteigert werden. Ab 2013 ist es dann mit der kostenlosen Zuteilung endgültig vorbei. Da wäre viel Geld gespart, könnte man den teuren Dreck möglichst bald in der Erde verschwinden lassen.

Text: Christina Hacker

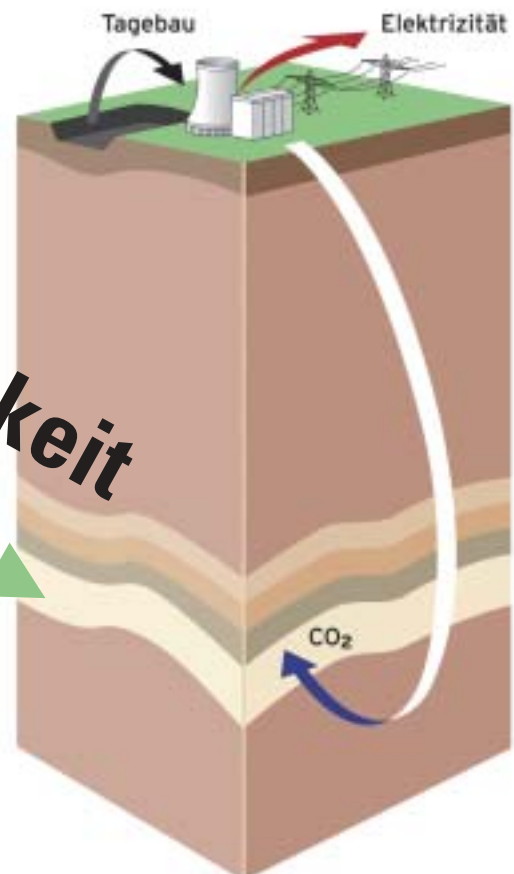
Foto und Grafik: Vattenfall

München baut auf CCS

Auch München will mit CCS seine Klimabilanz aufbessern. Laut Geschäftsbericht 2008 der Stadtwerke München ist Kohle mit 42,2 Prozent am Brennstoffmix beteiligt. Verbrannt wird sie im Block 2 des Heizkraftwerks Nord in Unterföhring, wo jährlich etwa 800.000 Tonnen Steinkohle im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess in Strom und Wärme umgewandelt werden. Nach einem jüngst von Siemens und dem Wuppertal-Institut vorgelegten Bericht soll die mit CCS ausgestattete Kohle als „Brückenszenario“ helfen, den Münchner CO₂-Ausstoß die nächsten 50 Jahre zu senken.

Für die nächste Ewigkeit

Nachdem es beim Atommüll schon nicht funktioniert, wollen die Energiekonzerne jetzt auch noch den Klimakiller CO₂ endlagern.





Der Markt der erneuerbaren Energien gilt als Zukunftsmarkt, und in Deutschland bietet das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) Öko-Strom-Produzenten für 20 Jahre eine sichere Vergütung, die über dem Marktpreis liegt. Auf dieser Basis sind Umweltfonds im Bereich der erneuerbaren Energien eine Investitionsmöglichkeit. 15 Prozent des in Deutschland produzierten Stroms kommen bereits aus regenerativen Quellen, der größte Teil davon aus Anlagen, die von Privatanlegern finanziert wurden. Denn das Engagement der Energieversorger hält sich in Grenzen.

Bei einem Fonds für ein Investitionsvorhaben zahlen viele Menschen in einen Topf. Die Fondsgesellschaft erwirbt mit dem Geld die Nutzungsrechte an Grundstücken, um dort zum Beispiel meist kreditfinanzierte Solaranlagen, Biogasanlagen oder

Windparks zu bauen und den Anschluss an das Stromnetz herzustellen. So kann der erzeugte Strom eingespeist und nach EEG vergütet werden.

Wer sich für einen Umweltfonds interessiert, sollte sich bewusst machen, dass er als Anleger Mitunternehmer wird – mit vollen Gewinnrechten und mit allen Risiken. Potenzielle Anleger sollten deshalb nicht nur auf den ökologischen Nutzen eines Projekts schauen, sondern auch die Nachhaltigkeit der prognostizierten Renditeberechnungen und die Sicherheit der gesetzlichen Subventionslage hinterfragen. Denn ein gutes Geschäft ist eine Beteiligung nur dann, wenn die Aufwendungen für den Bau, den laufenden Betrieb, die Instandhaltung und die Verwaltung niedriger sind als die Einnahmen aus der Einspeisevergütung.

Als riskant gilt die Beteiligung an Windparks. Anlagenteile wie Rotoren oder Generatoren sind starken Beanspruchungen ausgesetzt und erfordern einen hohen Aufwand an Wartung. Zunehmend sind auch fehlende Leitungsnetze ein Problem. Wenn in Starkwindzeiten keine Leitung frei ist, steht das Windrad still.

Der Rotor als Risiko

Windkraftanlagen wurden schon oft mit zu optimistischen Prognosen beworben, und so mancher Anleger hat Geld verloren. Das Windfeld Iven in Neubrandenburg beispielsweise wurde mit 18 Windkraftanlagen (WKA) von der Nordwind Umwelttechnik GmbH initiiert und unter Zeitdruck zum Jahresende 2000 fertig gestellt. Die Maschinen wurden ohne die übliche Erprobungsphase in der Werkstatt montiert, was sich bitter rächen sollte. Trotz positivem Windgutachten wurden die erwarteten Einspeiserlöse niemals erzielt. Mehr als 14 Anlagen waren nie in betriebsbereitem Zustand. Schäden an den Windrädern führten dazu, dass die Versicherung den Vertrag aufkündigte, die Folge waren hohe Reparaturzahlungen und die Insolvenz. 2003 wurden drei Anlagen bei böigem und stürmischem Wind zerstört. Eine Sanierung und technische Aufrüstung des Windfeldes, für die die Anleger Kapital nachgeschossen hatten, verbesserte 2004 zwar die Ertragslage, führte aber nicht aus der Überschuldung. Anfang 2005 war die Fondsgesellschaft nach dem Ausfall einer Anlage am Ende. Der Windpark wurde verkauft, der Erlös deckte gerade mal die Schulden.

Die GbR im Gasthof

Weniger riskant ist die Beteiligung an einem Solarpark, denn die Ertragsprognosen sind relativ zuverlässig. In Gebieten, die von der Sonne begünstigt sind, hat sich das Modell der Bürgersolaranlagen auf öf-

Windige Fonds

Wer weg will von Kohle und Atom, wer für das Klima etwas tun möchte und gleichzeitig ein wenig Geld hat, der kann in nachhaltige Energien investieren. Das kann die Solaranlage auf dem eigenen Dach sein, aber auch Aktien, Fonds, Zertifikate, Genussscheine oder Festgeld sind in „grün“ zu haben. Was es in Deutschland nicht gibt, das ist ein Öko-Siegel für Finanzprodukte, das wenigstens Mindeststandards garantieren würde. Weil die gestiegene Nachfrage nach ökologischen Anlagen aber mehr und mehr unseriöse Anbieter anlockt, ist Vorsicht geboten. Zudem droht nach einer Gesetzesnovelle eine Reihe von Pleiten.

fentlichen Dächern durchgesetzt. Als regionale Projekte dienen sie der regionalen Wertschöpfung – das Geld bleibt in der Gegend, was sich positiv auf Handwerk und Arbeitsplätze auswirkt. Die Identifikation der Anleger mit ihrem Projekt ist sehr hoch.

In der näheren Umgebung der bayerischen Landeshauptstadt entstanden allein durch das Engagement des Münchner Vereins ergon e.V. und eines Ingenieurbüros aus Neuried 27 Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen, drei weitere sind in Planung. Wie beliebt solche Projekte mit einer Rendite von etwa 4,5 Prozent sind, ließ sich kürzlich in Gilching im Landkreis Starnberg beobachten. Dort soll nach einem Beschluss des Gemeinderats auf dem Bauhof bereits das dritte Bürger-Solar-Kraftwerk entstehen. Die Initiatoren bauten auf dem Marktplatz einen Infostand auf, nach nur drei Stunden war die Anlage schon überzeichnet, und man ging in einen nahen Gasthof, um die Betreibergesellschaft Bürger-Solar-Kraftwerk Gilching GbR zu gründen.

Eine drohende Pleitewelle

Weil das EEG fest schreibt, dass Großanlagen wegen ihrer Kostenvorteile eine gegenüber kleinen Anlagen bis zu 45 Prozent niedrigere Einspeisevergütung bekommen, wird getrickst. Viele Investoren sind dazu übergegangen, mehrere lukrative Kleinanlagen in Energieparks zu bündeln. Die seit dem 1. Januar des Jahres geltende Gesetzes-Novelle hat nun klargestellt, dass diese Form des Anlagensplittings unzulässig ist – auch für bereits bestehende Anlagen. Technisch und räumlich zusammenliegende Anlagen werden seither als Großanlagen behandelt, wenn die Höhe der Vergütung

von der Anlagenleistung abhängig ist. Betroffen sind Biogas- und Solarparks, Windparks jedoch nicht, denn Windstrom wird leistungsunabhängig vergütet. In der Konsequenz sollen nun etwa 250 Anlagenparks vor der Pleite stehen. Besonders betroffen sind Großanlagen, die im Vertrauen auf die Praxis der bisherigen Einspeiseregulierung über Fondsgelder finanziert wurden und nun die Gewinnerwartungen nicht erbringen können, so zum Beispiel Deutschlands größter Biogas-Anlagenpark mit 40 Modulen zu je 500 kW in Penkun, Mecklenburg-Vorpommern. Zusammen mit vielen anderen hat der Betreiber des Biogas-Anlagenparks den Gang nach Karlsruhe eingeschlagen, um den Totalverlust mit einer Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwenden. Nach Auffassung der Kläger verstößt die EEG-Novelle gegen den Vertrauensschutz und ist damit verfassungswidrig. Unheil droht auch großen Solarparks, da die Einzelanlagen addiert und vergütungsrechtlich zu einer Gesamtanlage

abgewertet werden können. Mit einer fragwürdigen juristischen Konstruktion hat das Bundesumweltministerium zwar die bestehenden Solaranlagen von der Neuregelung ausgenommen, aber einige Netzbetreiber haben bereits angekündigt, dass sie die Vergütungssätze für bestehende Anlagen absenken wollen. Auch hier laufen mehrere Verfassungsbeschwerden.

Das Problem beschäftigte auch den Bundesrat. Er schlug vor, allen vor dem 1. Januar 2009 in Betrieb gegangenen EEG-Anlagen Bestandsschutz zu gewähren. Den Eilantrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung hat das Bundesverfassungsgericht im Februar jedoch abgelehnt. Wie die Verfassungsrichter letztendlich im Hauptsacheverfahren und in den übrigen Eilverfahren entscheiden werden, ist offen.

Text: Karin Wurzbacher
Fotos: minimax.de (links), EnviTec Biogas



Der Biogaspark in Penkun. Nach einer Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes droht der Großanlage in Mecklenburg-Vorpommern die Pleite.

Umweltinstitut München e.V.



Herausgegeben vom Umweltinstitut München e.V.

Anschrift für Verlag, verantwortlichen Redakteur und Anzeigenverantwortlichen:
 Umweltinstitut München e.V.
 Verein zur Erforschung und Verminderung der Umweltbelastung
 Landwehrstr. 64a
 80336 München
 Tel.: (089) 30 77 49-0
 Fax: (089) 30 77 49-20
 E-Mail: a21@umweltinstitut.org
 Internet: www.umweltinstitut.org

Redaktion Thomas Rath, Christina Hacker (verantwortlich für Redaktion und Anzeigen), Harald Nestler, Florian Braunreuther
Gestaltung Druck Thomas Rath
 ulenspiegel druck gmbh
 Birkenstraße 3
 82346 Andechs
Anzeigen Versand Es gilt die Anzeigenliste 2005
 Klebeck und Partner,
 Kolbermoor
Auflage 10.000

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers und nicht in jedem Fall die der Redaktion wieder. Zitieren erwünscht, bitte mit Quellenangabe!

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 17.08.2009

Unterstützen Sie die Agenda-Zeitung!
 Schalten Sie eine Anzeige oder spenden Sie an folgendes

Spendenkonto:
 Umweltinstitut München e.V.
 Bank für Sozialwirtschaft München
 BLZ 700 205 00 - Konto 88 311 01
Stichwort AGENDA 21

Mit freundlicher Unterstützung der



Landeshauptstadt
 München
Referat für Gesundheit und Umwelt

Die **Münchner Stadtgespräche** entstehen in Zusammenarbeit und mit Förderung des Referates für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München.

100% Recyclingpapier

Dieses Heft kann im Internet unter der Adresse www.muenchner-stadtgespraeche.de als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Referat für Gesundheit und Umwelt

Öffentlichkeitsarbeit
 Bayerstr. 28a, 80335 München
oeffentlichkeitsarbeit.rgu@muenchen.de
www.muenchen.de/rgu
 Tel.: 089-233-47 524
 Fax: 089-233-47 508

Agenda 21-Koordination Eine Welt c/o RGU

Heinz Schulze
 Bayerstraße 28a, 80335 München
 Tel.: 089-233-47 561
 Fax: 089-233-47 542
agendaeinewelt.rgu@muenchen.de

Ökologisches Bildungszentrum

Angelika Bachmann, Martin Ehrlinger
 Engelschalkinger Str. 166
 81927 München
 Tel.: 089-93 94 89 60
 Fax: 089-93 94 89 81
mail@oebz.de

Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München

Klenzestraße 37/Rgb.,
 80469 München
 Tel.: 089-202 38-111
 Fax: 089-202 38-113
mail@bszm.de
www.bszm.de
www.lifeguide-muenchen.de
www.sinn-muenchen.de

Regelmäßige Information über Agenda-Termine im kostenfreien Newsletter bei:

www.muenchner-stadtgespraeche.de



Sa., 05. September

Mal richtig abschalten!

Kippt eine schwarz-gelbe Koalition nach der Bundestagswahl den Atomausstieg? Viel wird vom öffentlichen Druck abhängen. Ein großer Trägerkreis ruft deshalb zur Anti-Atom-Demo nach Berlin auf. Auch von München aus wird ein Bus fahren. Infos: (089) 31 77 28 13 (Gina Gillig). www.anti-atom-treck.de

Sa./So., 12./13. September

Streetlife

Das zweite Streetlife-Festival des Jahres. So kurz vor der Wahl wird zwischen Odeonsplatz und Münchner Freiheit den Umweltthemen diesmal noch mehr Beachtung zukommen. Mit dabei: das Umweltinstitut München. www.streetlife-festival.de

Mi., 16. September

Atomtour 2009

Menschen in Strahlenschutzanzügen, überdimensionale schwarz-gelbe Warnschilder, Sirenen und grelles Licht: Der Castor-Truck von compact ist kurz vor der Bundestagswahl auf Endlagersuche und macht in München Halt. Kippt eine schwarz-gelbe Koalition nach der Wahl den Atomausstieg? Wohin mit dem strahlenden Müll? Über diese Frage sollen die lokalen Bundestagskandidat/innen diskutieren. Mehr Infos auf der compact-Seite: www.compact.de

Fr., 18. September

Nacht der Umwelt

Das Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt organisiert zum achten Mal die Nacht der Umwelt. Zu später Stunde gibt es zahlreiche Führungen und Veranstaltungen zu den verschiedensten Umweltthemen in München – unter anderem im Umweltinstitut München. www.muenchen.de/nacht-der-umwelt

So., 20. September

Ökologisches Hoffest Riem

Infostände und Vorträge unter anderem zu den Themen ökologischer Landbau, Gentechnik in der Landwirtschaft, Produkte aus fairem Handel. Mit dabei, wie jedes Jahr: das Umweltinstitut München mit einem eigenen Stand. Ein Kinderprogramm sorgt für die Unterhaltung der jüngeren Besucher, und selbstverständlich gibt es bei einem Hoffest auch ein großes Angebot an Schmankerln. www.bn-muenchen.de